

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 1), Besenbinderhof 57, „Gewerkschaftshaus“.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Die Scharfmacher und das Reichstagswahlrecht.

„Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder!“ Mit diesem Schillerworte könnte man treffend die Situation kennzeichnen, wie sie sich augenblicklich in Deutschland dem Auge des Beobachters darstellt. Das deutsche Volk hat sich durch den nationalen Launischwerden lassen und einen Reichstag gewählt, in dem die freiheitlichen Elemente in der Minderheit sind. Es hat keinen Zweck, diese Tatsache zu bedauern oder nach einem Sündenbock zu suchen, auf den man die Schuld an diesem Unglück abladen könnte; einstweilen müssen wir damit rechnen, daß die freiheitliche Entwicklung einen argen Stoß bekommen und daß die Reaktion gesiegt hat. Die Freiheit liegt am Boden und die Nachtraubvögel wehen ihre Schnäbel, um das arme Schlachtopfer zu zerfleischen. Und der deutsche Michel steht als Leidtragender daneben.

Sogleich nach dem für die Reaktion so günstigen Ausfall der Hauptwahl erschienen die Scharfmacher auf der Bildfläche und verlangten eine Abänderung d. h. eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts. Nach dem Sprichworte: „Man muß das Eisen schmieden, so lange es warm ist!“ wollen sie die Surrastrimmung des Wahlbürgerturns benutzen, um die Regierung scharf zu machen zu einem Wahlrechtsumsturz. Dieselben Leute, die der Sozialdemokratie Rechtsbruch vorwerfen und sich selbst als Hüter des verletzten Rechts aufspielen, bedenken sich keinen Augenblick, wenn es gilt, ein Recht in Trümmer zu schlagen, das den Interessen der Arbeiterklasse förderlich sein kann. Und wenn hier und da noch ein Vertreter des bürgerlichen Liberalismus mag er auch sonst noch so arbeiterfeindlich sein, das Reichstagswahlrecht verteidigt und seinen Klassengenossen warnend zuruft, sie möchten an diesem Fundamentalkrecht des deutschen Volkes nicht rütteln, so erntet er hierfür lediglich Spott und Hohn. „Eine schöne Uebersetzungs-treue!“ höhnt die Deutsche Arbeiterzeitung des Herrn von Reibitz bei Besprechung eines solchen liberal-freimütigen Warnungsartikels. „Nichts in der Welt wird an Verfassungen gerüttelt, die dem Zeitgeist nicht mehr zu entsprechen scheinen, ohne daß der entschiedene Liberalismus darüber eine Träne vergießt. Im Gegenteil, er jubelt das mit Pokanentönen als einen „politischen und geistigen Fortschritt“ und knüpft daran die Erwartung kommender besserer Zeiten. Auch in Sachen der auf eine Abänderung des Wahlrechts zu gewissen Einzellanträgen abzzielenden Bewegung fühlt er sich durch verfassungsrechtliche Bedenken nicht im mindesten beschwert. Aber die Art, wie die Wahlen im deutschen Reichstag zu stande kommen, ist für ihn unantastbar, und mag sie noch so wenig der nationalen Wohlfahrt dienlich, mag sie noch so verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig sein. Eigentlich eine recht geringe Selbsteinschätzung! Denn wenn der „entschiedene Liberalismus“ sich dermaßen auf die Unabänderlichkeit des Ueberlieferten versteht, hat er auf die Bezeichnung „Fortschrittspartei“ doch in der Tat keinen Anspruch mehr.“

Es gehört wirklich nicht viel dazu, um die mangelhafte Logik und den Schwindel zu erkennen, der in dieser Beweisführung steckt. Allerdings wird überall in der Welt an dem bestehenden Recht gerüttelt, wenn es der Entwicklung der Menschheit hindernd im Wege steht und es gibt in der Tat nichts Unantastbares. Von diesem Gesichtspunkt aus ist also auch das Wahlrecht keine für alle Ewigkeit geschlossene Einrichtung. Wenn es denn geändert werden soll, so kommt es doch lediglich darauf an, in welchem Sinne und zu welchem Zwecke diese Aenderung vorzunehmen werden soll. Und hier ist die entscheidende Frage:

die: Wird die vorzunehmende Aenderung des bestehenden Rechtes eine Erweiterung und Befestigung der Freiheit des Volkes bewirken oder wird sie das Volk in seiner Freiheit beschränken? Dient diese Veränderung dem Wohle der Gesamtheit oder den Interessen einer bevorrechtigten Minderheit, befördert sie das Emporsteigen der großen Masse auf eine höhere Stufe wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und moralischer Entwicklung oder hemmt sie diese Aufwärtsbewegung? Von der Beantwortung dieser Fragen hängt es ab, ob eine solche Aenderung statthaft ist oder nicht.

Bekanntlich befindet sich die Menschheit und speziell ein Volk in einer fortwährenden Entwicklung von unten nach oben. Die Geschichte lehrt uns, daß die unteren Schichten eines Volkes ununterbrochen einen verletzten oder offenen Kampf führen um ihre Emanzipation, um ihr Aufsteigen auf der sozialen Leiter; sie lehrt uns aber auch, daß ein jedes Volk zu Grunde geht und von der Bildfläche verschwindet, wenn dieser Aufstieg dauernd gehemmt wird. Es ist ein Naturgesetz, daß die wirtschaftliche und politische Freiheit eines Volkes wachsen muß, falls es nicht zu Grunde gehen soll, ebenso muß auch das geistige und moralische Niveau der großen Masse beständig wachsen. Alles, was diese Entwicklung fördert ist moralisch, alles, was sie hemmt, ist unmoralisch. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß die Wahlrechts-räuber höchst unmoralisch handeln und außerdem eine große Gefahr für Deutschland heraufbeschwören.

Aber was fragen diese Leute nach dem Gemeinwohl und nach der Hebung der Volkswaise? Nicht die Bohne! Wenn sie nur ihren Machtpfädel und ihre Ausbeutungsgier befriedigen können! Hierfür sprechen die Betrachtungen, die die Scharfmacherpresse an das für sie doch unbedingt günstige Ergebnis der Reichstagswahl knüpft. Sie warnen die bürgerlichen Kreise vor einem Siegestaumel und vor einer Ueberschätzung des Wahlerfolges. „Wir wollen keineswegs leugnen.“ so hieß es in einem solchen Artikel, „daß speziell die vielfach zu vermerkende Vereinerung, diese unverhoffte Wahlniederlage spreche durchaus nicht für den entschiedenen Rückgang der sozialdemokratischen Bewegung im Volke, leider so manches für sich hat. Denn es steht zweifellos zu erwarten, daß die Leute, deren Existenzmöglichkeit aufs innigste mit dem Blühen und Gedeihen der Aufstrebenden verflochten ist, jetzt erst recht alles anbieten werden, um die erlittene Scharte auszuwehen. Der eigentliche Kampf mit ihren abgesetzten Feinden steht der bürgerlichen Gesellschaft also erst bevor, und es würde von einer geradezu kindlichen Naivität der Auffassung politischer Vorgänge zeugen, wollte man annehmen, daß die Elemente, deren Emporkommen man aus zartmütiger Verächtlichung ideologischer Martheiten dulden zu müssen glaubte, nunmehr die Hände in den Schoß legen werden, anstatt mit doppeltem Eifer nachzuholen, was sie in Verhöhnung und Aufwiegelung der Masse in letzter Zeit verübt haben.“

Hier wird deutlich ausgesprochen, daß das Scharfmacherium der freiheitlich gesinnten Arbeiterklasse den Krieg bis aufs Messer ankündigt. Bislang hat man, so heißt es, das Emporkommen des Proletariats aus Farnstamm und Edelmut geduldet, nunmehr aber will man dem Fortschreiten der modernen Arbeiterbewegung mit Gewalt ein Ziel setzen und zu einem entscheidenden Schlage gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ausfallen. Die kapitalistische Presse pfeift übereinstimmend dieselbe Melodie: sie räumt die Möglichkeit ein, daß der „sozialdemokratische Größenwahn“ gebrochen und „die roten Massen aus ihrem krankhaften Siegesrausch erwachen könnten“, wodurch die Sozialdemokratie ohne Anwendung von Ge-

walt verschwinden würde! Aber wer kann dafür garantieren, so fragen sie, und wer kann leugnen, daß auch das Gegenteil eintreten kann? Vermutlich wird die Sozialdemokratie aus ihrem Rückgange einen neuen Antrieb schöpfen für den Emanzipationskampf und deshalb, so schließen die Scharfmacher, ist es die Aufgabe der leitenden Staatsmänner und der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, rechtzeitig auf Mittel und Wege zu sinnen, wie einer solchen bedrohlichen Entwicklung vorzubeugen ist.

Schon seit einigen Jahren sind die Kapitalproben und Scharfmacher an der Arbeit, das bestehende Reichstagswahlrecht zu unterdrücken, doch betrieben diese Manöver das Geschäft meistens im Geheimen und hinter den Kulissen. Nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen aber ist ihnen der Stamm geschwollen und sie bekennen offen Farbe. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ rühmt sich, daß man sie im Wahlkampfe das Organ der Wahlrechtsräuber genannt habe und fährt dann fort: „Wir sind in der Tat nicht im Stande, das geheime, geheime und direkte Wahlrecht, so wie es sich in seinen Folgen unseren Blicken präsentiert, für den Gipfelbunt der politischen Kultur zu erklären. Zum mindesten aber sollten die, die hierüber anderer Ansicht sind und gleich uns ihr Sinnen und Trachten auf die Herbeiführung gedeihlicher Verhältnisse auf innerpolitischem Gebiet richten, den nötigen Mut zu offenem Bekenntnis des Grundsatzes finden, daß die notwendige Ergänzung zum geltenden Reichstagswahlrecht die rücksichtslose Bekämpfung der staats- und gesellschaftsfeindlichen Sozialdemokratie mit Hilfe aller dem Staat und der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Mittel ist. An anderer Stelle wurde nachgewiesen, daß die Sozialdemokratie sich dauernd des Verfassungsbruches schuldig macht. Unentfandig richtet sie ihre Bestrebungen darauf, Staat und Gesellschaft mit Hilfe unaufrichtlicher Vernichtung des Autoritätsgedankens im Volk zu beseitigen und an ihre Stelle das Jakobinerium zu setzen. Und zwar bedient sie sich zu diesem Zweck in erster Linie eben des Reichstagswahlrechts, d. h. also einer Institution, die doch sicherlich nicht geschaffen wurde, um als Handhabe für den Umsturz des Bestehenden zu dienen. Ist es nun in Wahrheit richtig gedacht, wenn man aus sentimentaler Rücksichtnahme auf gewisse abstrakte Rechtsanschauungen gegen ein solches Unwesen kraftvoll einzuschreiten sich weigert?“

Als einen weiteren Grund, weshalb eine Umänderung des Reichstagswahlrechts dringend notwendig sei, führen die Scharfmacher an, daß die Massen im Reichstage herrschen, nicht aber die Intelligenz. Diese Herren gehen von der irrigen Voraussetzung aus, daß die Intelligenz im Geldbeutel stecke und daß die Angehörigen der besitzenden Klasse ohne weiteres auch mehr politische Einsicht besäßen, als der Arbeiter. Man könnte eher das Gegenteil behaupten, denn während man in den Kreisen der modernen Arbeiter eine Zunahme der geistigen Regsamkeit beobachtet, sieht man in den Kreisen des behabigen Bürgerturns vielfach eine Stumpfheit, die geradezu erschreckend wirkt. Und endlich sei das Reichstagswahlrecht auch deswegen unhaltbar, weil es dem Unternehmertum nicht diejenige Vertretung einräumt, die ihm zukomme.

„Es ist deshalb notwendig,“ so schreibt die Scharfmacherpresse, „nach irgend einer Möglichkeit Umschau zu halten, die den Fortbestand der bisherigen Ordnung der Dinge gestattet und gleichzeitig die Abstellung des absolut Unzuträglichen, d. h. also eine Vervollkommnung des Parlamentarismus bewirkt. (Wer lacht da?) Angesichts der Erkenntnis solcher Notwendigkeit müssen wir es mit um so größerer Freude begrüßen, daß jüngst von beachtenswerter Stelle aus ein praktischer Fingerzeig gegeben worden ist, wie die erhoffte

Vervollständigung etwa herbeizuführen wäre. Herr Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, hat im Verlauf einer anlässlich der Kaisergeburtstagsfeier gehaltenen Ansprache darauf verwiesen, daß Industrie, Handel und Schifffahrt nach Lage der Dinge von der Vertretung ihrer Interessen im Reichstag so gut wie ausgeschlossen seien, da bei den Wahlen die „Massen“ mit ihren Stimmzetteln die Kreise des Bürgertums erdrückten, dem die Unternehmer und Arbeitgeber angehörten. Und dann wird die Rede zitiert, die „der Freund des Kaisers“ gehalten hat, worin er Stimmung macht für die Aenderung des Wahlrechts: „Wohl entsenden jene Massen neben zahlreichen Literaten, Rechtsanwältinnen, Redakteuren, Parteibeamten, Wirten usw. auch einige Arbeiter und Handwerker in den Reichstag. Aber sind diese denn die berechtigten und fachverständigen Vertreter der weltumspannenden gewaltigen Interessen, die heute für Deutschland in Handel und Industrie verflochten sind? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen! Gewiß bilden Wohl und Wehe der Arbeiter einen hochwichtigen Teil des Gebiets, auf dem wir tätig sind. Aber doch nur einen Teil. Ohne Profit raucht kein Schornstein“ hat selbst Herr Bebel einmal bekannt. Und die Unternehmer und Arbeitgeber sind es doch, die dafür zu sorgen haben, daß die Schornsteine rauchen können. Damit schaffen wir den Arbeitern Brot und stärken das Reich, das die für seine Wehrmacht und seine Kultur nötigen großen Geldmittel ganz überwiegend aus der Industrie und dem Handel ziehen muß. Es ist deshalb sicher kein unbedeutendes Verlangen, daß wir Unternehmer auch ein Wort mitreden möchten, wenn die Reichsregierung unsere Lebensinteressen und unsere Berufsinteressen sich nennt nur die Zoll- und Handelspolitik, die Verkehrsverhältnisse, die Steuerfragen, die Sozialpolitik, die kolonialen Angelegenheiten regelt. Und bei aller Bescheidenheit meinen wir auch, daß unsere Kenntnisse und Erfahrungen solchen Beratungen und Beschlüssen wohl zugute kämen!“

Die Bescheidenheit des Herrn Ballin ist wirklich rührend. Leider verschweigt er, daß die Unternehmer schon heute ein gewichtiges Wort mitzureden haben, wenn es sich um öffentliche Angelegenheiten handelt. Bei wem zieht die Regierung ihre Gründungen ein? Bei den Unternehmern. Auf welchen Kongressen sind die Vertreter der Regierung angewiesen? Auf den Unternehmerkongressen. Aus welchen Kreisen kommen die Regierungskräfte? Aus Unternehmerräumen. Und zu wem hat der Kaiser im Reichstag gesagt: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ In den Unternehmern. Es ist also bei einer Schwärze, wenn man es so darstellen will, als ob die Unternehmer einflusslos und machtlos daständen, ganz abgesehen davon, daß es ja noch genug bürgerliche Kreise gibt, die einen Vertreter der Unternehmerrassen in den Reichstag schicken können und auch wirklich schicken. Es klingt also wie reiner Hohn, wenn Herr Ballin das Unternehmertum als das im Verborgenen blühende heimliche Reich hinstellt und das Allgemeininteresse in den Vordergrund schiebt: „Es liegt auch im Reichsinteresse, als auch im Interesse des ganzen deutschen Volkes, daß Gewerbe, Handel, Bauwesen, Schifffahrt, Verkehr, Bergbau, Gasindustrie usw. eine stärkere und bessere Vertretung im Reichstag finden. Der Reichstag ist die Vertretung des Volkes und zum Volke gehören auch wir Unternehmer und Arbeitgeber, deren Handeln ein so großes Gebiet der Nationalwirtschaft und Nationalwohlstand ausmacht ist.“ Nun, man kennt ja die vorgetragene Kinder des Götze, die immerfort über Jährungsvertrag liegen und schmelzend in der Gasse stehen, trotzdem ihnen ununterbrochen die lehrerlichen Stimmen zugewandt werden. Eine solche lächerliche Rolle spielt heute das deutsche Unternehmertum.

Und welche Vorzüge zieht Ballin aus diesem Spielchen? Ein Volk, so wenig er eine Rede, welche in einer Linie nicht aus Parteien, sondern aus Streit und dem Schicksal beruht auf den schwebenden Verhältnissen. Und wenn auch durch die Massen die Führer der größten, wichtigsten und zahlreichsten Berufsstände von der Volkswirtschaft fern gehalten werden, dann sollte dieser, dem Volk und dem Volk schädliche Mangel, diese lächerliche Rolle auf andere Weise ausgeglichen werden. Nicht durch Aenderung des Wahlrechts, sondern durch eine Ergänzung in der Form beruflicher Angliederung von Vertretern der großen Erwerbsgebiete, also hier der Industrie, des Handels und allen ihren Verzweigungen. Der Gedanke ist ja nicht neu. Herr Bebel habe wiederholt von der Ausdehnung einer Vertretung an die berufständliche Gliederung gesprochen und in manchen Zusammenhängen den aus freier Volkswirtschaftlichen Abgeordneten berufliche Vertreter der großen Berufsstände in den Reichstag zu schicken. Sollte es nicht auch möglich sein, auch im deutschen Reich eine solche berufliche Ergänzung zu schaffen?

Le leben wir des Reiches Herr. Nun will also jeder des Reiches Herr sein, um den Reichstag zu regieren, um den Reichstag zu regieren, um den Reichstag zu regieren.

im Reichstag zu erlangen; dann aber will man dem Ausbeutertum noch eine Extrawurst braten und ihm einen besonderen Einfluß auf das öffentliche Leben einräumen, damit es im Stande ist, jede Weiterentwicklung lahm zu legen, die der Arbeiterklasse Vorteil bringen könnte. Die Herrschaft des Geldsacks und die Rechtlosigkeit der ehrlichen Arbeit ist das Ziel, das den Wahlrechts-Reformern vorsteht.

Daß es vorwiegend Geldbeutel-Interessen sind, die bei der Aenderung des Reichstagswahlrechts in Frage kommen, geht aus folgenden Ausführungen der „Deutschen Arbeiterzeitung“ hervor: „Die sozialdemokratische Parteipresse erklärt, der Sieg der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf wäre der Anfang einer reaktionären Orgie, die ihre ganze Schärfe gegen die Arbeiterklasse richten würde. Und aus dieser Behauptung folgert sie die Verpflichtung der Arbeiter, sozialdemokratisch zu wählen. Hierbei wird ihr die Unterstützung der Gewerkschaftsblätter im weitesten Umfang zu Teil, wie denn diese auch gierig die demagogischen Schlagworte der Unsturzpresse aufschnappten, um die Gewerkschaftler zur Befolgung der von ihr ausgegebenen Wahlparole zu bewegen. Wer kann sich darüber wundern, wenn die solchermaßen ausgestreute Saat reiche Früchte trägt? Die zügellose Verheerung der Arbeiter, wie sie zum Zweck der Ausübung des Reichstagswahlrechts im Sinne der Unsturzpartei vor sich ging, wird und muß dazu dienen, die Zwischigkeiten auf dem Arbeitsmarkt in der kommenden Zeit noch um ein Unendliches zu vermehren und zu verschärfen. Denn es ist doch schlechterdings undenkbar, daß der Mann, dem man wochentags tagtäglich vorgepredigt hat, er sei das jammervolle Opfer kapitalistischer Ausbeutungswillkür, künftighin nicht mit noch viel größerer Folgsamkeit dem Werben der Streikführer und Unruhmacher nachgibt, als er es schon vordem getan hat. Zehn gegen eins ist somit zu wetten, daß das Jahr 1907 ein noch bei weitem bedenklicheres Resultat in Bezug auf die Zahl der Arbeitsverweigerungen, der Boykottierungen usw. zeitigen wird, als die beiden vorangegangenen Jahre. Das aber haben wir auf das Konto des Wahlrechts zu setzen, als welcher sich die Ausübung des Reichstagswahlrechts der sozialdemokratischen Gefolgschaft unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen nun einmal darstellt. Das sind die „indirekten Folgen“, unter denen die heimliche Güterzeugung schwer genug zu leiden haben wird. Welche Direktiven sich hieraus für die künftige politische Stellungnahme des deutschen Unternehmertums ergeben müssen, das bedarf wohl kaum einer weiteren Ausführung.“

Kurz und erbaulich heißt das also: Fort mit dem Wahlrecht, denn er bietet die Gelegenheit, die Arbeiter auf die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Gesellschaft hinzuweisen und ihnen ihre elende soziale Lage zu schildern! Fort mit dem Reichstagswahlrecht, denn es birgt die Möglichkeit in sich, daß die Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung sich einige Vorteile verschaffen! Fort auch mit dem Koalitionsrecht, das Streik und Boykott ermöglicht und den Unternehmern Schwierigkeiten macht!

Zum Glück haben die Arbeiter auch noch ein Wort mit zu reden. Mögen die Herren um den Tanz wagen, wir werden ihnen schon antworten!

Revolver und Hunger.

Von E. Crull, Kaufmann.

„Revolver — oder?“ Dieser unklammernde die Hand des Räubers den Griff des Revolvers; fester richtete die Wange sich auf die Brust des Kaufmannes: „Entweder — oder?“ Zitternd, in bleicher Haut durchdenkt der Ueberfallene seine verzweifelte Lage, was soll er machen? Soll er sich bedingungslos ausliefern, sich ohne weiteres ausliefern lassen, vor einem Straßenträuber? Sich alles nehmen lassen? Seiner Mitmenschen Gegenstand des Hohnes und des Spottes werden? Nein, nimmermehr! Lieber wolle er sein Leben in Frage stellen, der Logik des Revolvers trotzen, den Weglegeter niederschlagen — aber schon hörte er das klare, schreckliche „wei“ des ruhig lächelnden Räubers, im nächsten Augenblick mag das verhängnisvolle „brei“ ertönen — und dann?

Schon sah der Kaufmann sich rückwärts am Boden liegen, schon fühlte er die Todeswunde, kalter Graus packte ihn und schnell gab er die verlangten Beihilfen von sich; höflich dankend nahm der galante Bandit sie in Empfang. Mit einem stillen Blick glaubte der Kaufmann sich erretten zu können, aber wieder ertönte das unerbittliche: „Revolver — oder?“ Mehr noch, alles verlangte der Räuber von dem Ueberfallenen. Was sollte er machen, sich wehren? Schon hörte er im Geiste das Knallen des Schusses, das Knallen des Schusses und schon sah er sich am Boden liegen, wie sein warmes Blut den Schnee benetzte. Lieber packte ihn kalter Graus und schnell gab er das Geübte von sich. Grimmend nahm der Räuber es in Empfang und ging seine triumphale Mühe schmeißend.

Verstorbener vor dem Tode erste der ertötete Kaufmann nach Hause. Er hätte er sich doch damals, als der Agent bei ihm war, hätte er sich doch damals der Fernverkehrsorganisation angeschlossen, dann hätte er nicht diesen unheimlichen Terror, noch weniger den materiellen Schaden gehabt. Alles wäre ihm erlitten worden, er hätte lächeln können über dieses kleine Abenteuer. Ja, wenn! Jetzt ist es zu spät!

legt der Arbeiter, was soll er machen? Soll er trotz niederen Lohnes und langer Arbeitsdauer auch noch Ueberarbeit leisten oder soll er sich wehren gegen eine solche Umkehrung und scharf protestieren gegen diese schändliche Behandlung? Was soll er tun? Soll er sich und seine Familie dem Hunger ausliefern? Seine Existenzmöglichkeit und die seiner Familie, seiner Frau und Kinder, in Frage stellen? Nein und nie! Und schon begann er, die verhängnisvolle Ueberarbeit auszuführen.

„Aber wieder ertönte das kalte: „Entweder — oder?“ Noch mehr verlangte der Unerbittliche von ihm. Alles fräut sich, häutet sich auf, im Innern des gepeinigten Arbeiters. Und kann sich denn auch eine solche gemeine Behandlung mit der Ehre seiner Person einigen? Soll er sich nicht wehren, sich nicht wehren gegen einen derartigen Frechen, dümmelsten Absolutismus? Aber ein schrecklich Bild stand vor seinen Augen. Er sah sich und seine Familie irrend in den Straßen der Großstadt — wohnungslos, brotlos — dem Frost und Hunger überliefert und schnell kam er dem Verlangen des Terroristen nach.

Lächelnd und pfeifend, den Mehrbetrag berechnend, entfernte sich der Arbeitgeber; er war mit sich zufrieden. Er hatte wieder einmal gezeigt, welch Mann von Ehrgefühl und Korn er sei! Eine Träne des ehrlichen Hornes aber stieg dem gequälten Proleten ins Auge. O, hätte er sich doch damals, als der Agitator bei ihm war, hätte er sich doch damals seiner Berufsorganisation angeschlossen. Dann hätte er heute seinem Ausbeuter die rechte, selbstbewusste Antwort geben können, dann hätte er einen mächtigen Schutz gehabt. Dann hätte er diesem unterdrückungs-lustigen Unternehmer nicht so schwach, nicht so furchtlos gegenübergestanden, die Organisation wäre ihm Rückgrat gewesen!

Das sind zwei Bilder des Lebens der Alltäglichkeit; achlos geht der Phlegmatiker an ihnen vorüber. Wehrt aber nun wohl ein Unterschied zwischen diesen beiden Dingen? Ja behauptet: „Nein.“

Der Kaufmann läßt sich — vorausgesetzt, daß man sich über körperliche Beschaffenheiten — Umfang, Durchmesser usw. — hinwegsetzen versteht, mit dem Arbeiter vergleichen, der Straßenräuber mit dem Arbeitgeber, der Revolver mit dem Hunger. Doch halt, ein Unterschied ist doch vorhanden: Man beleidigt in größter Weise den Straßenräuber, wenn man ihn mit einem Arbeitgeber vergleicht, denn der Räuber bemächtigt sich seines Opfers nur während der Dauer weniger Minuten, der Arbeitgeber dagegen???

Der Germaniaverband und die Bäderinnungen als fanatische Gegner des Verbandes.

Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre. Und nichtswürdig ist diejenige Berufsklasse, die nicht ihr Alles, ihre ganze gemeinsame Kraft einsetzt zur Verteidigung der auf ihr ruhenden Last der barbarischen feudalen Verhältnisse. Beim Eintritt in das neue Jahr muß mit neuer Kraft und desto nachdrücklicher die Agitation einsetzen, damit der Auf zum gemeinsamen Handeln bis in die entlegensten Gegenden, bis an das Ohr des gleichgültigen Bädereigenen dringt, um auch diesen als Mitspieler für die uns zugewiesene große Aufgabe zu gewinnen. Wollen wir viel, d. h. zeitgemäße menschenwürdige Verhältnisse schaffen, welche die Gewähr bieten, daß unsere im Bereiche tätigen Kollegen von der Willkür, Ausbeutung und grenzenlosen Unterdrückungsmut des Unternehmertums (der Bädermeister) geschützt werden, so müssen wir zum Schutz und Trutz gerüstet sein. Ein Blick in die national-ökonomischen und sozialen Verhältnisse zeigt uns, sowie auch einem jeden die Zeitverhältnisse erkennenden Kollegen, daß wir von Jahr zu Jahr mit einem größeren, härteren und in sich mehr gesegneten Gegner zu tun haben. Das Unternehmertum sowie auch die Bädermeister, die sonst meistens den vorwärtstretenden Verhältnissen gleichgültig gegenüberstanden, sind, nachdem unser Verband durch geschickte Leitung und umfichtige Taktik eminente Errungenschaften in den meisten größeren Städten Deutschlands für unsere Kollegen durchgeführt hat, aus ihrer Gleichgültigkeit aufgewacht. Durch einzelne fanatische, verbissene Gegner jeglicher Arbeitervereinigung und des Koalitionsrechts entfalten sich diese „legensreichen Institutionen“ (Zunungen) zu den schlimmsten Feinden der Arbeiterbewegung. Diese Zunfteliquen ist demachen vom fanatischen Haß gegen den Verband ergriffen, daß ihr die händelnde, von Junkern und Machthabern der bestehenden Gesellschaftsform geschaffenen reaktionären feudalen Gehege nicht genügen. Die Beobachtung hat bewiesen und zeigt, wie unaufhörlich diese rüchthändige Gesellschaft an der Arbeit ist, um neue Pläne zur Anechtung der Berufsangehörigen auszuwickeln und dann auch bei wackelnder Gelegenheit anzuwenden. Eine eminente Agitation zur Ausbreitung des Germaniaverbandes und des Arbeitergeschützverbandes (Schwarzschmiederverbandes) wird auch in den entlegensten Orten entfaltet. Der Germaniaverband mit annähernd 60 000 Mitgliedern, der Arbeitergeschützverband und die von Hartmann herausgegebenen „Leimruten“ mit dem Bundespräsidenten Irwinchenstein sollen der Damm gegen den etwaigen Ansturm des „roten Verbandes“ von Hamburg sein.

Die Oberbürgermeister Milleville, Blindmann in Gemeinschaft mit dem bekannten Philosophen Westphal haben die Funktion übernommen, nach der Regel des neuesten philosophischen Grundgesetzes den roten Verband zu vernichten. Rücksichtslos soll gegen diejenigen Bädereigenen vorgegangen werden, die dennoch wagen sollten, sich der Stellenorganisation anzuschließen. Und es ist ja auch genügend bekannt, mit welchen brutalen Mitteln und verwerflichen Maßnahmen diese Zunfteliquen kämpfen. Fürden auch nur annähernd solche Mittel von unseren Arbeitern oder Arbeiterorganisationen angewandt, so würde unbedingt der Staatsanwalt wegen Verleumdung einwirken. Aber die staatsverhätenden Elemente haben eben Privilegien und was dem einen verboten ist, ist dem anderen erlaubt. Es ist einfach empörend, daß sogar die Behörden nichts davon Ungefährliches finden, wenn die Zunungen demjenigen Gezellen, der sich nicht nach ihren Wünschen benehmen hat, den Arbeitsnachweis sperren kann, wie es hier in Danzig schon diverse Male der Fall war und noch ist. Die Moral des Herrtums scheint diesen Zunfteliquen mächtig in den Kopf geschossen zu sein. Doch ergebnis wird die Mühe sein, zu glauben, daß durch

...antat alles zu machen geht; es zeigt von geringem Verständnis und Objektivität, wenn man glaubt, nur allein berechtigt zu sein, staatsbürgerliche Rechte ausüben zu können, während man brutal und rücksichtslos gegen diejenigen ist, die hundert, ja tausendmal mehr zur Erhaltung des Staates und der Gesellschaft beigetragen haben, als mancher Unternehmer, aber infolge der gesellschaftlichen Einrichtungen sind sie ihre Untergebenen, d. h. es ist nicht jedem gegeben, infolge seiner sozialen Stellung Unternehmer zu werden.

Wie weit die banale Auffassung einzelner Unternehmer betreffs der Ausnutzung der Arbeitskraft geht, beweist ein weiterer Fall, der auch in Danzig passierte. Bei der Witwe Klaus, Katharinenstraße, war längere Zeit ein Kollege als Werkmeister, wie die Bäckermeister den 10- oder 12 A-Gesellen zu nennen pflegen, beschäftigt. Die Frau, in alle Schliche und Kräfte der bäckermeisterlichen Manieren eingeweiht, verstand es auf ihre Art recht gut, die Gesellen durch Versprechungen auszunutzen. Die Gesellen ließen sich durch Verheißung auf Geschenke in der Hoffnung, ein ganz besonders schönes Geschenk von der Frau Meisterin zu erhalten, betören und schufteten, was das Zeug hielt, die Weihnachtswochen hindurch; 16 bis 20 Stunden ging es abwechselnd, einen Tag etwas weniger, der andere Tag mußte desto mehr ausgebeutet werden, um die Arbeit liefern zu können. Ab und zu kam auch noch die Frau Meisterin mit den Worten: „Meisterchen, arbeiten Sie jetzt ein bißchen länger, ich gebe Ihnen das beste Weihnachtsgeschenk; kein Bäckermeister hier in Danzig gibt so viel als ich.“ Endlich ist Weihnachten. Unsere Kollegen wurden nach vorne, d. h. aus ihren ihnen zum Stampieren zugewiesenen Höhlen in eine menschlich eingerichtete Wohnung gerufen, aus der schon von ferne das Lied aus der Mythologie „Stille Nacht, heilige Nacht“ ertollte. Unter dem Tannbaum stand auch das unseren Kollegen zugedachte Geschenk: eine halbe Kiste Zigarren und ein bunter Teller. Mit der Arbeit noch nicht ganz fertig, griffen unsere Kollegen flink nach dem Teller, denn zwischen den Hahel- und Pfeffermüssen glaubten sie das verheißene Geschenk finden zu müssen. Aber, o weh, ein Schreck fuhr ihnen durch die Glieder, als trotz eifrigen Suchens auch nicht ein roter Heller zu finden war. Die Empörung war groß. War das der Dank für diese Schulterei und die — Belohnung. Ja so ging es noch vielen unserer Kollegen, die sich auf das gute Herz, auf die Mildtätigkeit des Meisters verlassen haben; während die Kranten den ganzen Profit einstecken und sich freudig ihr dickes Bündlein streichen, heuten sie die Gesellen durch törichte Versprechungen aus. Auf Lug und Trug ist unsere ganze jehige Gesellschaftsform mit samt den Begriffen des Eigentumsrechtes, der Moral und der Rechtsprechung aufgebaut. Die besitzende Klasse, das Unternehmertum, scheint nach den ganzen Formen und Normen der Staatsrichtungen nicht nur über die Arbeitskraft des Arbeiters, sondern über seine ganze Person, je nach der Laune, verfügen zu können.

Doch, Kollegen, wo sind die Spuren, daß wir Knechte sind? Ist einer, der es besser weiß, der rede. In dem reaktionären, feudalen und verpöfsten Land können die Frömmlinge und die Heuchler nicht genug dem dummen Volke von der Legende und der fragwürdigen mysteriösen Götze, die durch die Geburt des Semiten geschehen sein soll, erzählen und „Friede auf Erden“ soll überall einziehen, doch wir Bäckermeister haben eben kein Recht, an den Einrichtungen in der Gesellschaft teilzunehmen. Wir müssen uns den Launen eines Bäckermeisters fügen, denen von Rechts wegen hat eben der Bäckermeister das Recht, da wo noch nicht der Verband regelt in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingegriffen hat, uns nach Belieben zu beschäftigen. Auch die resolute Frau Meisterin mußte nach ein besonderes Geschäft an den Feiertagen machen und mutete unseren Kollegen zu, daß dieselben trotz des „großartigen Weihnachtsgeschenk“ wiederum 18 Stunden arbeiten werden. Das ging denn doch über die Gut- schur und die Empörung war auch noch da. Als die Kollegen die Arbeitszeit von 12 Stunden um hatten, verlangte ein Kollege die Bezahlung der im Tarif vom 15. Juni 1906 festgelegten Ueberstunden mit 35 % . Die Bezahlung der Ueberstunden verweigerte die raffinierte Frau Meisterin, verlangte aber, daß unser Kollege weiterarbeiten solle. Dieser wies die dreiste Zumutung ganz entschieden zurück und beharrte auf seinem Standpunkt. Schnelligt wandte sich die Frau um Hilfe an die bewaffnete Macht (Polizei) und in dem nächsten Augenblick erkamen auch ein Jünger der Hermandad, bewaffnet und mit Geheißkenntnis ausgestattet in der Wackstube und versuchte einzukommen, daß unser Kollege zu arbeiten habe. Unser Kollege, obwohl nicht mit Geheißkenntnissen ausgestattet wie der betreffende „Jünger“, machte demselben plausibel, daß solche Kontroversen zu schlichten, nicht seine Sache sei, aber auch, wenn er ihn ablösen wolle, so könne er ja arbeiten. Da unser Kollege sich also weigerte, ohne jegliche Bezahlung weiter zu arbeiten, wurde er wegen Arbeitsverweigerung auf der Stelle entlassen. Die Papiere (Germanienbuch) wurden ihm nicht ausgehändigt. Gründe: Höflichkeit Handlung gegen die so verhöhlte stehende Frau. Unser Kollege zog nun ohne das verprochenen Weihnachtsgeschenk, ohne die bezahlte Ueberarbeit und ohne Stellung in der jetzigen kritischen Zeit von dannen, in der Hoffnung, sich schnell wie möglich einschreiben zu lassen, um eine andere Stellung zu bekommen. Auf dem Sprechtam angekommen, traute er kaum seinen Ohren, was er zu hören bekam. Der Zurechnmeister machte ihm klar, daß er nicht eingeschrieben wird und daß ihm auch das Germanienbuch entzogen werde. Eine Klage beim Gewerbegericht (diesmal war die Klage direkt gegen die Frau Klaus gerichtet) auf Herausgabe der Papiere wurde vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Stadtrat Meiner, abgewiesen. Am Donnerstag den 31. Januar d. J. soll der Vorstand der Bäckerinnung zusammentreten, um Recht zu sprechen über die „ungehörliche“ Handlung unseres Kollegen.

Wie weit eben die Freundschaft des gemeinsamen Erbens und Handelns zum Wohle der gemeinsamen Interessen bei den Innungen vorhanden ist, beweist ein weiterer Fall, der das Wohlwollen der Meister gegenüber an Gesellen trefflich beleuchtet. In der Vollversammlung der Innung stellte ein Bäckermeister den Antrag: In mehr Lehrlinge nach Danzig zu bekommen, sollte man für jeden Lehrling eine Prämie von 50 A seitens der Innung aussetzen; dieselbe soll nach einer drei- oder vierjährigen Lehrzeit, wenn der Lehrling sich „gut“ geführt hat, demselben ausgehändigt werden. Der Zurechnmeister

Starow verspricht, diesem empfehlenswerten Antrag näher zu treten. Auch ist ja bekannt, daß die Danziger Innung nach Berlin eine Summe von 250 A, jedenfalls zur Unterstützung des gelben Vereins (Streikbrecherbund) und zur besseren und größeren Ausbreitung des Hartmannschen Eigenbrottes abgeführt hat. Ferner werden die Hartmannschen Schwindeldzeitungen mit Hilfe der Innungen auch in die entlegensten Orte unentgeltlich verbreitet. Es ist ja die jammertümliche Lage der Innungen und Verbände der bestehenden Tatsachen für sich auszunutzen, um desto leichter und besser dieselben ausbeuten zu können. Aber angenommen, wenn wirklich die Innungen ein warmes Herz für die Gesellen haben, warum treffen unsere Bäckermeister denn nicht Einrichtungen im Bäckerberuf, die zeitgemäß und dem menschlichen Verlangen entsprechend sind? Es wäre den Innungen zu empfehlen, daß sie von ihren schatzmacherischen Allüren abliehen und sich wirklich ernstlich damit befassen möchten, wie die Lage der Gesellschaft zu heben sei. Wenn die Innungen das, was sie ständig den Gesellen versichern, ausführen, so wird der Schrecken und die Angstlichkeit vor dem „roten Verbände“ bei manchem Bäckermeister gemildert sein. Doch was die in den Innungen zusammengefügte zünftlerische Gesellschaft will, wissen die meisten unserer Kollegen. Noch immer sind die Innungen als die größten Gegner und Feinde der aufwärtsstrebenden Arbeiterbewegung aufgetreten und wir haben von diesen Leuten nichts zu erwarten, wir haben sie nur als unsere größten Gegner zu bekämpfen. Wir sprechen wie Schiller im „Tell“: „Gerechtigkeit und Recht erwartet nicht vom König! Heißt euch selbst!“

Sowohl, Kollegen, gerade wir hier im Osten, in dem reaktionären Viertel, haben doppelt die Pflicht, für die Aufklärung unserer Kollegen zu sorgen. Es soll uns weder ein Mißerfolg noch die Brutalität der Kranten von unserer heiligen Arbeit abspredien. Agitieren, organisieren, die Massen aufklären, dies soll unsere vornehmste Aufgabe sein. Ein jeder Verbandskollege soll überall da, wo er Indifferenzismus begegnet, aufklärend wirken. Vor allem sollen die Danziger und Königsberger Kollegen für die Ausbreitung und Stärkung des Verbandes intensiver wirken. Auch für die despotische Herrnmoral der Innungskranten hier im Osten wird bald das Stimmlein schlagen, wo wir mit ihnen abrechnen werden. Also auf zu neuer Arbeit im neuen Jahre. Auf zur energischen und nachdrücklichen Aufklärung der Kollegen, auf zur Werbung neuer Streiter für den Verband, zum Kampf für Recht und Freiheit! Wollen wir aber die Schwach noch weiter tragen und uns aufbürden lassen, dann sind wir Sklaven und verdienen es zu sein. A. Grygo.

Genossenschaftliches.

Die Produktivgenossenschaft der Bäckerarbeiter „Vorwärts“ in Hamburg berichtet über das Jahr 1906. Der Umsatz stieg von 740 203 (1905) auf 928 188 A (1906). In den einzelnen Quartalen war der Umsatz folgender: 1. Quartal 1905: 175 947 A, 1906: 218 625 A; 2. Quartal 1905: 185 345 A, 1906: 231 258 A; 3. Quartal 1905: 187 158 A, 1906: 230 175 A; 4. Quartal 1905: 191 753 A, 1906: 248 190 A. Der Umsatz an Weißbrot stieg von 192 495 A auf 232 172 A, der Barverkauf von 283 866 A auf 358 959 A. Das geschäftliche Ergebnis des Berichtsjahres steht indessen im Zeichen der durch die erfolgte Zollerhöhung bewirkten Teuerung. Für die meisten der bei uns verarbeiteten Rohmaterialien wurde der Zoll erhöht; so für Weizen von 3,50 A auf 6 A für Roggen von 3,50 A auf 5 A, Butter von 16 A auf 20 A, Kaffeebohnen von 8 A auf 12 A für 100 kg. Außer der durch die Zollerhöhung bewirkten Preissteigerung fand noch eine weitere Preissteigerung statt. Es kostete das von uns meistens verarbeitete gute Weizenmehl in den vorhergegangenen Jahren 21 A durchschnittlich. Im vorigen Jahr war der Preis durchschnittlich 23,50 A. Roggenmehl in den vorhergegangenen Jahren 19,50 A durchschnittlich, im vergangenen Jahre 22,50 A. Das sind Preissteigerungen von 10—15 Proz. Die Hoffnung auf Herabgehen der Preise infolge der in Qualität wie Quantität guten Ernte erwies sich gleichfalls als trügerisch. Die besten Qualitäten unseres Roggens werden ausgeführt. Der Zoll wird bekanntlich bei Wiedereinführung von Getreide aus dem Zollgebiet vom Staat zurückgezahlt; ganz gleich, ob das Getreide aus dem Ausland eingeführt oder in Deutschland gemahlen ist. Diese Rückvergütung des Zolles wirkt wie Anreizprämie. Die beste Qualität unseres Roggens geht in diesem Jahre ins Ausland. Schlechte Qualitäten werden dafür wieder eingeführt; es hält sich aus diesem Grunde ein enorm hoher Preis für das Brotgetreide. Gegenüber dieser wesentlichen Preissteigerung der Rohmaterialien haben wir die Preise für unser Brot nur gering, um 8—10 Proz., erhöht. Der Bruttogewinn sank deshalb auch von 24,5 Proz. (1905) auf 22 Proz. (1906). Allerdings sind auch die Unkosten etwas geringer geworden, sie sanken von 20,4 Proz. auf 18,7 Proz. Die Löhne betrugen 11,4 Proz. gegenüber 12,3 Proz. vom Umsatz des vorigen Jahres. Dieser Rückgang des Prozentjahres der Löhne vom Umsatz ist indessen nur scheinbar und findet seine Erklärung in der Erhöhung des Brotpreises. Es wurde dadurch ein höherer Wert aus der Arbeitsleistung erzielt. Die Löhne selbst wurden im Frühjahr des Jahres um 2 A pro Woche erhöht. Mit einer gewissen Berechtigung wurde eine solche Lohnsteigerung von den Arbeitern infolge der hohen Lebensmittelpreise verlangt und unsererseits bewilligt. — Berechnet man die Löhne nach dem verarbeiteten Mehl, so ergibt sich, daß pro Saß Mehl ausgegeben wurden 1905: 3,66 A, im Berichtsjahre 3,89 A. Zum Teil kommt diese Steigerung allerdings auf Konto der Weißbäckerei, da dort verhältnismäßig mehr Arbeitskraft verbraucht wird, als bei der Grobbäckerei. An Rohmaterial wurde verbraucht die Zahlen in Klammern beziehen sich auf 1905: 16 277 Saß Weizenmehl (14 400), 11 857 Saß Roggenmehl (10 050), 153 Saß Gries (119), 295 Saß Zucker (294), 411 Saß Salz (337), 30 084 kg Butter und Schmalz (27 483), 21 491 kg Feje (17 294), 2583 kg Kaffeebohnen (2094), 1968 kg Korinthen (1838), 157 kg Sulfade (150), 1225 kg Marzipan (1337), 90 kg Mandeln (200), 1902 kg Butter (1727), 2100 kg Kartoffelmehl (1550), 4974 kg Zöl (3881), 1922 kg Sirup (1151), 2128 kg Vanillin (2087), 1323 kg Kofos (1700), 2322 Schok Eier (1800), für 1541,62 A Gewürze (1587), 125 000 Liter Milch (115 300). Der vorjährige Reingewinn von 822,83 A wurde wie folgt verteilt: 491,54 A Reservefonds, 2680 A Gratifikation an Betriebsarbeiter, 192,29 A Gewinnan-

teile für Mitgliederanteile, 750 A zu Wohltätigkeitszwecken. Personal war am Ende des Jahres beschäftigt: 18 Grobbäcker, 18 Weißbäcker, 3 Konditoren, 3 Expedienten, 16 Metzger, 2 Verkäuferinnen, 1 Scheuerfrau, 3 Vorstandsmitglieder; 63 Personen zusammen. Die Arbeits- und Lohnbedingungen erfuhren infolge einer Ueberberung, daß, wie bereits oben angegeben, die Wochenlöhne um 2 A erhöht wurden. Es erhielten ab 1. Mai 1906: 11 Bäcker 32 A, alle übrigen 30 A pro Woche. Nur bei Neueinstellungen werden das erste Vierteljahr 28,50 A bezahlt. Mit den Metzgern wurde infolge Beschlusses des Stettiner Genossenschaftstages ein Tarif abgeschlossen, der jährlich Steigerung von 1 A pro Woche vorsieht. Es wurde aus diesem Grunde von einer allgemeinen Erhöhung der Löhne der Metzger abgesehen. Die Expedienten erhalten 32 A. Verkäuferinnen 19 und 16 A pro Woche. Scheuerfrau 3,25 A pro Tag. Der Unterstützungskasse des Verbandes Deutscher Konsumvereine traten wir, nachdem das gesamte beitragsberechtigte Personal seine Zustimmung gegeben hätte, mit dem 1. Juli bei. Es ist dadurch auch für die Angestellten im Falle der dauernden Arbeitsunfähigkeit und des Alters wenigstens einigermaßen gesorgt. Der Reingewinn betrug 10 633,17 A.

Der Konsumverein Vera-Debschitz hat für die Bäckerei die 8stündige Arbeitszeit eingeführt. Der Umsatz stieg in den letzten Wochen derart, daß das Personal fast verdoppelt werden mußte, so daß die 2 Danziger fast außer Stande sind, alles zu liefern. Voll beschäftigt sind zurzeit 1 Backmeister, 12 Bäcker, 1 Expedient und 1 Hilfsarbeiter außerdem nach Bedarf mehrere Aus- hülfsen für die letzten Tage in der Woche.

Verschiedenes.

Gewerkschaftliche Fortschritte. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ schreibt in seinem Rückblick auf das Jahr 1906:

Die deutschen Gewerkschaften haben im verflossenen Jahre nicht bloß gekämpft — sie haben auch aufgebaut. Ihre Reihen haben sich um ein gewaltiges Stück erweitert; sie sind dem Ziele, das wir vor 2 1/2 Jahren als das nächste bezeichneten, um ein bedeutendes näher gekommen. Im Jahre 1905 betrug die Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern 316 084. Es war die größte Zunahme, die sie jeither zu verzeichnen hatten. Der Zuwachs, den uns das Jahr 1906 brachte, wird kaum geringer sein. Nach den uns zurzeit vorliegenden Abrechnungen und Mitglieder- schätzungen der Gewerkschaften vom 3. Quartal 1906, die 53 von 65 Organisationen umfassen, ist deren Mitglieder- zahl seit ultimo 1905 bereits um 281 942 gestiegen. Es fehlen uns aber noch die Ergebnisse der Verbände der Maurer, Schneider, Töpfer, Stuckateure, Seeleute und anderer Organisationen, deren Zunahme hinter 50 000 nicht zurückbleiben wird. Nach diesen vorläufigen Ergebnissen dürfte die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften am Jahresabschluss 1906 nahe an 1 750 000 herangekommen sein. 1 1/4 Millionen organisierter Arbeiter in den Kampfge- werkschaften, das ist ein Fortschritt, auf den wir mit Befriedigung zurückblicken können. Als wir die erste Million an Mitgliedern überschritten hatten, da schrieben wir, daß bei gleichbleibender Entwicklung die zweite Million von Mit- gliedern im Jahre 1910 erreicht sei. Und jetzt, am Beginn des Jahres 1907, ist uns an der zweiten Million nur noch 250 000, eine Kleinigkeit angeht, des Zuzuges der beiden letzten Jahre, die sich mit Hilfe einer gesteigerten Werbe- und Kampfstätigkeit und vielleicht auch mit der nicht zu unterschätzenden Beihilfe der ausperungslustigen Unternehmer binnen Jahresfrist schaffen läßt. Möge jedes Gewerkschaftsmitglied nach Kräften dazu beitragen, daß wir das neue Jahr mit der zweiten Mitglieder-mil-lion schließen können! Nicht als höchstes Ziel unserer Wirksamkeit betrachten wir diesen Fortschritt — Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern und die Rechte der Arbeit zu ver- teidigen — wohl aber als eine wichtige Etappe auf dem Weg der Entwicklung unserer Organisation! Denn die Eroberung einer zweiten Million von Arbeitern in nur drei Jahren, was ist das anders als ein zwingender Beweis der steigenden Macht des Gewerkschaftsgedankens, der allen reaktionären Schranken und allen polizeilich-richterlichen Verfolgungen zum Trost sich freie Bahn erzwingt.

Mit diesem bedeutenden Fortschritt dürfte die deutsche Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich der Mitgliederstärke auch an die erste Stelle in der Reihe der Länder Europas gerückt sein. Nach einer Zusammenstellung des Departements of Labor Bulletin des Staates Newyork umfassen die europäischen Länder folgende Zahlen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter: Großbritannien und Irland 1 866 755; Deutschland 1 822 343; Frankreich 731 341; Desterreich 323 099; Italien 260 102; Belgien 128 700; Schweden 105 000; Dänemark 90 911; Ungarn 71 173; Spanien 56 905; Schweiz 43 000; Niederlande 37 221 und Norwegen 16 227, insgesamt 5 597 777 Mitglieder, wovon nahezu zwei Drittel auf Großbritannien und Deutschland entfallen. Außerdem werden für die Vereinigten Staaten von Nordamerika 2 000 000 Mitglieder, für Australien 100 626 und für Neu-Seeland 27 714 Mitglieder angegeben. Von Kanada, Brasilien, Argentinien, Kapland und Japan liegen keine Zahlen vor. Man wird die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Welt im Jahre 1905 auf etwa 8 Millionen schätzen können, wovon etwa zwei Drittel auf Europa kommen. Das ist natürlich noch recht wenig angesichts der Welt der unorganisierten Arbeit, der Heerenarmee der Gleichgültigen und Arbeits- willigen, die noch in jedem Lande die Mehrheit stellt und daher auf das Niveau der Arbeitsbedingungen noch einen ungeheuren Druck ausübt. Schwankt doch die Verhältnis- ziffer der Organisierten in Europa, an der Gesamtbevölke- rung gemessen, zwischen 0,31 Prozent (Spanien) und 4,50 Prozent (Großbritannien). Aber mit jeder Arbeitermillion, die die Gewerkschaftsorganisation der Lethargie entreißt, sie in den Dienst des Lohnkampfes stellt, wird der kapitalistischen Regie der Arbeit ein Stück ihres Bodens entzogen und diese gewonnen, dem Einfluß der Gewerkschaften Rechnung zu tragen.

Das gleiche Wahlrecht. Noch niemals hat eine Wahl die kolossalen Ungerechtigkeiten, zu denen die noch aus dem Jahre 1871 stammende Wahlkreiseinteilung ange- fichts der fortwährenden Bevölkerungsschiebungen führt, deutlicher erwiesen als die letzte Reichstagswahl. Die Sozialdemokratie, die stärkste deutsche Partei mit 3 258 963 in der Hauptwahl abgegebenen Stimmen, muß sich schließ- lich mit 43 Sitzen im neuen Reichstag begnügen, während z. B. die Konservativen, die noch nicht den dritten Teil dieser Stimmenzahl aufgebracht haben (1 070 658), mit 60

Achtung, Kollegen! Die Bäckergehülften der schweizerischen Städte Basel und Zürich stehen in einer Lohnbewegung. Der Zentralvorstand des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz hat infolgedessen die beiden Hauptstellen Basel und Zürich bis nach Beendigung der Bewegung aufgehoben. Ebenso die Hauptstelle Genf, weil dort die Meister dem vom kantonalen Einigungsamt angestellten Lohnarbiträr Opposition entgegenstellen. Kollegen! Gehet nicht nach der Schweiz! Keiner werde zum Verräter!

Zum Verbandstage.

Die Diskussion über die Aufgaben des Verbandstages ist nach mehr als einer Richtung hin interessant und in gleicher Weise kann man auch seine Betrachtungen anstellen, wenn man die vielen gestellten Anträge zum Verbandstage der Reihe nach durchnimmt. Beides, die Diskussion, wie die gestellten Anträge, fallen aber am meisten dadurch auf, was in beiden am meisten hervorgehoben wird und auf der andern Seite dadurch, was ihnen am meisten fehlt. Betrachtet man beide oberflächlich, so müßte man glauben, daß die einzige wichtige Frage, die den Verbandstag zu beschäftigen hat, der Punkt 9 der Tagesordnung: Der Tarifvertrag mit den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien wäre, und alle andern Fragen demgegenüber vollständig zur Bedeutungslosigkeit herabsinken würden. Das ließe man sich noch gefallen, wenn dieser Punkt in gleicher Weise alle circa 14000 Mitglieder des Verbandes interessierte und ein Tarif für das ganze Land für alle Mitglieder geschaffen werden sollte. Dem ist aber in Wirklichkeit nicht so, sondern es sind direkt nur circa 1000 Mitglieder, also ungefähr der 14. Teil unserer Gesamtmitgliedszahl an dieser Frage beteiligt. Die ganze Frage der Tarifberatung mit den Genossenschaften hat von diesem Standpunkt aus betrachtet, nicht mehr und nicht weniger Bedeutung, als wenn beispielsweise unsere Kollegen in Frankfurt a. M. in eine Tarifberatung oder eine Lohnbewegung eintreten. Wenn letzteres geschieht, rüttelt dieses dann auch den Gesamtverband in der Weise in seinen Fugen, als wenn jetzt die Frage der Tarifrevision der Konsumbäcker beraten wird. Mit Nichten! Da werden höchstens die Kollegen am Orte selbst und in dem diese Stadt umgebenden Landesstrich ein wenig aufgerüttelt, aber in den übrigen Gegenden des Landes merkt man verdammt wenig davon, daß man in Frankfurt a. M. in der Tarifbewegung steht, und wenn die Bewegung ernsthafte Seiten aufziehen läßt und es kommt zum Streik, dann hat und hatte schon die Verbandsleitung alles daran zu setzen, daß die Kollegen in andern Städten nicht so ganz teilnahmslos am Kampfe waren und wenigstens einigermaßen ihre Pflicht taten, daß der Bezug von Arbeitswilligen nach dieser Stadt ferngehalten wurde. (Man braucht dabei nicht gerade Frankfurt als Beispiel zu nehmen, sondern könnte auch andere Städte anführen; in denen wir schon im Lohnkampf und Streik gestanden haben.)

Was ist denn nun aber die Ursache, daß von dieser Tarifrevision in den Konsumbäckereien in letzter Zeit so viel Aufhebens gemacht wird? Die dabei in Frage kommende Zahl der Beteiligten ist es nicht, wie wir gesehen haben, sondern es ist zunächst die berechtigte Erkenntnis, daß der Tarif mit den Konsumvereinen immer vorbildlich für unsere Tarifbestrebungen mit allen andern Arbeitgebern sein wird und muß, und daß man sich in dem berechtigten Glauben befindet, daß die Arbeitsverhältnisse auch in den übrigen Betrieben bald merklich gebessert werden, wenn solche Besserung bei der Tarifrevision mit den Konsumvereinen herauspringt. Es ist aber auch ferner eine der Ursachen der Umstand, daß an der Regelung dieser Frage Mitglieder in allen Gegenden des Landes beteiligt sind, die Frage also von vornherein keine lokale Frage mehr bleibt, sondern eine Landesfrage wird. Eine fernere Ursache, daß diese Frage so in den Vordergrund tritt, ist der Umstand, daß es unsere Konsumbäcker und nicht bloß diejenigen Mitglieder unter ihnen, die in der Agitation für unsern Verband und in den Organisationsaufgaben ihre Pflicht und Schulpflicht getan haben, sondern auch jene, die sich sonst um gar nichts kümmern und nach ihrer in der Konsumbäckerei geleisteten Arbeit sich um Unterstützung der gesamten Arbeiter- und insbesondere um unsere Bäckerbewegung gar nicht kümmern (und das ist leider immer noch die übergroße Mehrzahl der Konsumbäcker) ausgezeichnet verstanden haben, sich jetzt außerordentlich zu rühren und so gewinnt es bald den Anschein, als wenn es überall und bei jedem Konsumbäcker so wäre, als wie es eigentlich sein sollte, daß nämlich die Konsumbäcker die besten und rührigsten Mitglieder des Verbandes, mit einem Worte gesagt, die Pioniere unserer Organisation wären. Und so traurig es ist, das hier sagen zu müssen: Das ist sonst nicht der Fall; diese Mühseligkeit läßt sich sonst sehr vermessen und tritt nur hier in so störaner Weise hervor, wo es sich um die rein persönlichen Interessen dieser unserer Kollegen handelt.

Aber noch einen weiteren Umstand muß ich als Ursache dieser Erscheinung betonen. Ich bin der Überzeugung, daß auch unsere Taktik und die Beschlüsse früherer Verbandstage in der Tariffrage unsere Kollegen in den Konsumbäckereien verhärtet haben. Nach meiner Überzeugung und nach den in unserm Streifreglement festgelegten Prinzipien dürfte die Frage der Revision des Genossenschaftstarifes ebenso wenig eingehend unsern Verbandstag beschäftigen, als wie es z. B. die Tarife in Hamburg, Frankfurt, München oder andern Städten tun. Sondern wie es ständiger Brauch bei Lohnbewegungen und Tarifrevisionen in diesen Städten ist, so müßte es auch in der Frage der Tarifrevision mit den Konsumvereinen sein, daß nämlich die beteiligten Kollegen darüber beraten, welche Forderungen sie stellen wollen und diese ihre Forderungen dem Verbandsvorstand, also der Organisationsleitung zur Begutachtung einzureichen und in diese mit den Forderungen einverstanden und sieht das Vorgehen als notwendig und erfolgversprechend an, dann wird die Bewegung unter Leitung der Bevollmächtigten des Verbandsvorstandes durchgeführt. Wird aber zwischen den Beteiligten und der Organisationsleitung über diese Punkte kein Einverständnis erzielt, dann muß eben ein Vorgehen unterbleiben. Ich bin der Überzeugung, so wird die Frage in unserm Verbande auch in Zukunft behandelt werden müssen und wenn die Konsumbäcker dann in diesen Fragen wünschen, daß

von den Beteiligten auf eigene Kosten besondere Konferenzen unter Teilnahme von Vertretern der Verbandsleitung stattfinden, dann habe ich auch dagegen nichts einzuwenden. Aber wir sollen und müssen es meiner Überzeugung nach für die Zukunft vermeiden, daß diese — für die Allgemeinheit der Mitglieder doch immer nur nebensächlichen — Fragen unsere Verbandstage und die Diskussion über die Aufgaben derselben beherrschen. Solche Bedeutung hat für den Gesamtverband nämlich die ganze Frage nicht, als wie sie jetzt von allen Seiten beigegeben wird. Also sorgen wir für die Zukunft dafür, daß diese Frage uns nicht die schöne Zeit auf den Verbandstagen stiehlt, die zu ändern, die Allgemeinheit der Mitglieder angehenden Fragen besser verwandt werden muß.

Nun zur Frage der Tarifrevision selbst! Daß der Tarif gekündigt wird, darüber bestand für mich seit seiner Schaffung keinen Augenblick Zweifel und es dürfte auch in der Arbeiterbewegung sehr selten vorkommen, daß man den ersten Tarif, der mit den Arbeitgebern abgeschlossen wird, gleich für so vollkommen betrachtet, daß er nun über die erstmalig festgesetzte Tarifdauer bestehen bleiben müßte. Darüber wären also Worte nicht mehr zu verlieren. Daß bei der Revision nun unser Streben dahin gehen muß, die Vergütung den Lebensverhältnissen entsprechend — die sich in den letzten Jahren in so außerordentlich fühlbarer Weise überall bemerkbar gemacht haben — zu erhöhen, ist für mich außer allem Zweifel. Nur ist dabei mancher Antrag unserer Kollegen als zu weit gehend in das Reich der frommen Wünsche zu verweisen und die Antragsteller werden im Ernst selbst nicht daran geglaubt haben, daß ihre Anträge vom Verbandstage als Tarifforderung aufgestellt werden könnten.

Hierbei gibt es eine prinzipielle Frage zu erledigen: Wollen wir wie die Transportarbeiter in ihrem Tarif die Alterszulagen — 5 Jahre lang nach jedem Jahre Beschäftigung 1 M. Zulage — einführen, oder wollen wir nur einen einfachen, selbstverständlich gegen die jetzigen Verhältnisse erhöhten Mindestlohn mit dazu gehörigen Ortszuschlägen einführen?

Aus prinzipiellen Gründen kann ich mich nicht für das erstere, sondern nur für das letztere erklären. Die Frage liegt bei uns anders als bei ungelerten Arbeitern: Ein Bäcker, der ein tüchtiger Fachmann ist, wird nach einigen Tagen oder Wochen Einarbeitung in einer Konsumbäckerei ebenso viel leisten und ebenso exakt arbeiten, als wie ein Kollege, der eben solch tüchtiger Fachmann ist und schon mehrere Jahre in dem Betriebe beschäftigt ist. Deshalb ist es eine Unrechtigkeit, die neu einzustellenden Kollegen in diesen Betrieben schlechter bezahlen zu wollen als die, welche schon mehrere Jahre im Betriebe tätig sind. Die Erfahrung lehrt uns in vielen derartigen Betrieben, daß mancher jüngere Kollege, der erst einige Monate dort arbeitet, leistungsfähiger ist und exakter arbeitet, als mancher, der schon lange Jahre im Betriebe ist. Aber die niederen Anfangslöhne mit Alterszulagen sind unseres Erachtens auch zum Schaden für die Konsumvereine, denn bei den niederen Anfangslöhnen würden sie die besten Arbeitskräfte sicher nicht bekommen und das ist auch mit einem Grund dafür, daß wir einen einheitlichen Mindestlohn, der allerdings unter dem jetzigen Tarif der Anfangslohn bei Alterszulagen, fordern müssen. Auch der Umstand, daß in Sachsen und Süddeutschland viele Konsumvereine die niederen Anfangslöhne mit Alterszulagen haben, kann mich nicht für dieselben begeistern. Ich habe nicht die Erfahrung gemacht, daß sie sich besonders bewährt hätten.

Die Arbeitsvermittlung nach den genossenschaftlichen Betrieben darf nur durch die Arbeitsnachweise des Verbandes erfolgen und in den Genossenschaftsbetrieben dürfen nur tariftreue Arbeiter, also unsere Verbandsmglieder beschäftigt werden, das muß unsere prinzipielle Forderung bleiben, von der keinen Strich abgewichen werden darf.

Die übrigen Fragen sind nebensächlicher Natur; von Bedeutung wäre nur noch, daß selbstverständlich in Zukunft die Wochenfeiertage, an denen unsere Kollegen arbeiten müssen, während alle anderen Arbeiten dieser Betriebe diese Tage frei haben, besonders bezahlt werden müssen.

Für den Wunsch der Hamburger Konsumbäcker, daß Entlassungen nur mit Zustimmung des Ausschusses stattfinden können, kann ich mich auf keinen Fall erklären, denn diese Einrichtung würde den Ausschub nicht in der Achtung unserer Kollegen steigen, sondern nur sinken lassen, wie die Erfahrung in einzelnen Betrieben gelehrt hat, wo ähnliches eingeführt war. In der Frage der Entlassungen muß wie bisher die Organisation maßgebend bleiben, die eventuell zu unteruchen hat, ob der Entlassene zu Recht oder Unrecht entlassen wurde, und die dann die Rechte der betreffenden Mitglieder weiter zu wahren und zu verteidigen hat. — Die Kollegen in den Konsumbäckereien dürfen sich auch nicht einbilden, daß nur sie ein Recht haben, in derartigen Betrieben zu arbeiten, sondern andere Mitglieder des Verbandes haben ein eben solches Recht darauf und es wäre gar kein Fehler, wenn wenigstens die jüngeren Kollegen, die in derartigen Betrieben beschäftigt sind, nach längerer Beschäftigung mal wieder andern Verbandsmitgliedern Platz machen müßten und sie selbst müßten wieder eine Zeit in Privatbetrieben arbeiten. Unser Grundsatz muß auch hier der bleiben, daß wie der Arbeiter ein Recht hat, die Arbeit in solchen Betrieben aufzugeben, wenn sie ihm nicht gefällt, auch der Arbeitgeber das Recht zur Entlassung bei begründeten Ursachen hat; nur hat er dann selbstverständlich auch wieder durch den Arbeitsnachweis des Verbandes andere Mitglieder einzustellen.

Mit Anträgen, wie sie der Kollege Bachmann-Hamburg in diesem Blatte bei dieser Frage entwickelt hat, diskutiert man lieber nicht ernsthaft, denn der wird selbst nicht daran glauben, daß er von den Kollegen ernst genommen würde. — Kollege Schimmerling verlangt weiteren Ausbau der Aufgaben des Tarifrates. Sein Wunsch wird aber nicht erfüllt werden können, da durch Schaffung des Tarifrates die Frage für den Zentralverband der Konsumvereine für alle mit ihm in Tarifvertrag stehenden Verbände durch das geschaffene Tarifamt einheitlich geregelt ist. Wenn man erst Erfahrungen über das Wirken des Tarifrates gesammelt hat, wird auch eventuell, nichts im Wege stehend, dasselbe und seine Kompetenzen noch weiter ausbauen.

Mit den übrigen Fragen zu den andern Punkten der Tagesordnung werde ich mich in einem weiteren Artikel beschäftigen.

Dieser Punkt kann ich aber nicht verlassen, ohne auch noch darauf hinzuweisen, daß leider unsere Kollegen in den Konsumbäckereien, wo der Tarif nicht anerkannt war, selbst durch ihre Organisationslosigkeit oder wo sie auch wirklich organisiert sind, durch ihre Faulheit die Schuld daran tragen, daß nicht auch für sie schon längst der Tarif anerkannt war. Diese beschämende Tatsache müssen wir mit aller Energie aus der Welt schaffen. Aber auch den Vereinen müssen wir mit Unterstützung der Instanzen des Zentralverbandes der Konsumvereine und eventl. mit Hilfe der organisierten Arbeiterschaft am Orte auf's Dach steigen, die absichtlich bei Neueinstellungen von Arbeitskräften unseren Arbeitsnachweis nicht benutzen, damit sie dann ihre Nichtanerkennung des Tarifrates dahinter verstecken konnten, daß sie die Klatsche gebrauchen: Unsere Bäcker sind nicht organisiert, deshalb erkennen wir auch den Tarif nicht an.

Diese Methode der Verwaltungen solcher Vereine ist schon bald eine jesuitische Kniffligkeit zu nennen und es gilt, daß wir in Zukunft gegen solche demagogischen Kunststücke den Kampf ganz energisch aufnehmen.

Im übrigen aber bin ich der Meinung, daß unsere Mitglieder in diesen genossenschaftlichen Betrieben Forderungen stellen werden, die jeder vernünftige Mensch als vollberechtigt anerkennen muß und wenn das geschieht, dann wird man wohl auf Entgegenkommen von Seiten der Verwaltungen der Konsumvereine rechnen können. Jedenfalls haben dieselben alle eingesehen, daß der erneute Abschluß eines Tarifrates im beiderseitigen Interesse liegt und eine tariflose Zeit mit vielen Kämpfen nur zum Schaden beider Teile sein müßte. D. A.

In der am Sonntag, den 3. d. M., tagenden gemeinschaftlichen Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus in Hamburg war unter anderem auch der Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“ mit auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Der Vorstand, der nur aus Vorwärts- und Produktionsbäckern bestand, hatte sich zur Nichtsignur für den diesjährigen Verbandstag eine Erhöhung ihrer Löhne sowie andere Vergünstigungen ihrer so schweren und langen Arbeitszeit gesetzt.

Leider ist es ihnen in der am Sonntag stattgefundenen Versammlung, die hauptsächlich auch von den in oben genannten Betrieben arbeitenden Kollegen besucht war, gelungen, die dort anwesenden Kollegen für ihre Zwecke zu gewinnen, trotzdem etliche Redner den Unwille der Augen führten, welche Vorteile und Vergünstigungen sie bereits hätten, und suchten die in oben genannten Betrieben arbeitenden Kollegen nun unter dem Deckmantel der Hamburger Kollegen diese Vorteile für sich auszunutzen.

Der Vorsitzende verstand es meisterhaft, die Versammlung so lange hinzuziehen, bis im unteren Saale die Ballmusik anfang zu spielen und verschiedene Kollegen der Vorstandes und der oben genannten Bäckerarbeiter vollends.

Diese Anträge sind in dieser Nummer enthalten und mögen die Kollegen beim Lesen derselben sich klar vor Augen führen, ob wir gewillt sind, den Antrag gutzuheißen, der nur von einem Zwanzigstel der in Hamburg arbeitenden Verbandskollegen gutgeheißen ist.

Der Kollege St. hat den anwesenden Kollegen in bedeutenden Worten die traurige Lage und die geringen Löhne der genannten Betriebe geschildert und appelliert nun an die 1230 Kollegen, denen es nicht vergönnt ist, in oben genannten Betrieben zu arbeiten, daß sie ihnen zu ihrem Antrage behüßlich sein mögen, damit sie außer ihrem 30 M., die sie bereits an Lohn verdienen, noch 10 Proz. hinzu bekommen.

Werte Kollegen! Bitte untenstehendes Rechenexempel zu beherzigen:

Arbeitszeit in obengenannten Betrieben wöchentlich 48 Stunden. Lohn 30—33 M., macht stündlich einen Lohnsatz von 62½—68½ S. aus. Diesen Lohn beziehen 70—80 Kollegen der Hamburger-Altonaer Mitgliedschaft, die übrigen 1000 Mitglieder (150 Mitglieder sind durchschnittlich arbeitslos) beziehen bei einer 72—84stündigen Arbeitszeit einen Lohn von 24—30 M., macht pro Stunde 33½—41½ S., event. 29—36 S. aus. Aus obigem Rechenexempel ersehen die Kollegen, daß die Kollegen in oben genannten Betrieben schon um 30 Proz. besser gestellt sind, und nun treten die Kollegen an uns heran, ihnen zu weiteren Vergünstigungen die Hand zu reichen; nein, Kollegen, und abermals nein, erhebt Protest gegen den Beschluß der letzten Versammlung, und mögen sich sämtliche Genossenschaftsbäcker nach einer geliebten Stadt zusammenkommen und Anträge formulieren; sollte es den Genossenschaftlern gelingen, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ergattern, so möge ihnen ihr Vorteil herzlich gegönnt sein.

Werte Kollegen, erhebt Protest gegen obigen Versammlungsbeschluß und sehen wir in erster Linie zu, daß wir unsere Arbeitszeit verkürzen und einen höheren Lohn erreichen, und wenn uns dies gelungen ist, dann mögen obengenannte Kollegen an uns herantreten, dann werden wir ihnen auch behüßlich sein, daß sie bessere Bedingungen in ihren Betrieben erhalten. M. A.

In Punkt 9: „Tarifvertrag mit den Genossenschaften“ wird wohl der Verbandstag auf jeden Fall die Kündigung des bestehenden Tarifrates vornehmen. In wie weit es möglich sein wird, in einen neuen Tarifvertrag einzugehen, hängt von dem sozialen Verständnis der einzelnen Genossenschaftsvertreter ab sowie von dem Einfluß, den der Zentralverband der Konsumvereine auf die angeschlossenen Vereine ausüben in der Lage ist. Bis dato hat man von diesem moralischen Druck zwecks Einführung des Tarifrates in vielen Vereinen noch herzlich wenig gesehen. Daß der Tarif in seinen grundlegenden Bestimmungen in dieser Form beibehalten werden kann, ist wohl jedem Eingeweihten klar, daß aber die Form des Abschlusses dem Teile der Arbeitnehmer etwas mehr Rechnung tragen muß und größeres Mitbestimmungsrecht einräumen wird, ist dringend zu befehlen. Daß zur Frage der Mindestlöhne oder Klassenlöhne (Alterszulagen) die ört-

Nicht Verhältnisse mit anschlagend sind, wird wohl niemand bestreiten. Wankendwert und prinzipiell ge-
rechtlich ist es, wenn die Dauer der Höchstlöhne
immer mehr verkürzt würde und dem Einheitslohn Maß-
nahme. Die einzelnen Bänke und berechneten Vor-
berungen müssen dann in jedem Betriebe selbständig un-
ter Einwirkung der Gewerkschaften mit den Gewerkschaften
tariflich festgelegt werden, daß keine Auslegungsmögli-
cheit einzelner überreicher Gewerkschaftler etwas anderes
darüber konstruieren können zum Schaden der dort ange-
stellten Kollegen.

Noch einige Kritik zu unserer neuen Bezirksinte-
ligung und den damit verbundenen Anstellungen von Be-
amten. Die ganze Frage ist eine rein finanzielle
und wird dort von Nutzen sein, wo die gebotenen Erwar-
tungen auch den Erfolgen entsprechen. Obwohl unser
Gassenbestand nur 40000 M höher ist, als im Vorjahre,
so ist zu beachten, daß im Vorjahre nur für 8 Monate
in diesem Jahre 6000 M weniger für Streiks ausgegeben
werden sind wie 1905. Obwohl in Zukunft unsere Lohn-
bewegungen ohne Streik (und dessen erhöhte Unkosten)
abwanden werden, möchte ich bezweifeln, und was sind da
10-20000 M Geld? Ein Aufgabeposten gibt mir hier
Veranlassung zum Kritizieren und das sind die Zuschüsse
an die Mitgliedschaften überall dort, wo Beamte ange-
stellt wurden. Es sind im Jahre 1906 17000 M mehr
hierfür ausgegeben worden als 1905, und dieser Betrag
wird sich in diesem Jahre nicht verringern, sondern auf
mindestens 30000 M erhöhen. Für Zeit betrogen die
Zuschüsse an Gasse und Mitgliedschaften mit beabsich-
tigten Beamten rund 50000 M ; das ist der achte Teil (über
12 Proz.) unserer Gesamteinnahme für Agitation und Ge-
hälter, ohne die Kosten der Dampfverwaltung. Ob es
Ang ist vom finanziellen Standpunkt aus, alljährlich so
viel Geld im Etat festzusetzen, ist wohl zu verneinen, es ist
derselbe Fehler, den Gewerkschaftler begehen, welche ihre
Kapitalien in Grundstücken festlegen. Hier muß inner-
halb unserer Organisation endlich einmal Halt gemacht
werden mit der Anstellung weiterer Beamten. Im Ver-
gleich zu anderen Gewerkschaften stehen wir wohl mit der
Zahl der Beamten oben, obwohl eigenartige Verhält-
nisse anderer Berufs dieses System zum Teil begründet
erscheinen lassen. Warten wir ruhig ab, ob die Erfolge
die Hoffnungen erfüllen und sich die Anstellungen bezahl-
machen und ob die auf dem vorigen Verbandstag prophe-
zeiten Mitglieder errungen werden. Die Schuld an dieser
mit Kollaps betriebenen Anstellung von Beamten tragen
vor allen die hierigen Mitgliedschaften, welche bei knapp
100 zahlenden Mitgliedern fortwährend noch einem
Beamten zahlen. Mühte doch der Vorstand noch
fünf herabgegebene Anträge abzulehnen. Es wird wohl-
tun, den vom Verbandsvorstand zum Gesamter
Verbandstag gestellten Antrag Nr. 61: „Für bei 200 zahlen-
den Mitgliedern kann ein Beamter angestellt werden“,
wieder anzupassen und für die Durchführung zu
kämpfen.

Ob dann weiter eine Erhöhung der Gehälter für die
Angestellten des Verbandes, nach der Lage der allge-
meinen Verhältnisse, notwendig erscheint, möchte ich
bezweifeln, zumal doch die jetzige Stufe auf dem jetzigen
Wissen noch weiter der Beamten der Gewerkschaften
40 M erreicht hat.

In Nr. 6 der „Baderzeitung“ behält es der Kollege
Kraus, die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer bei
Privatunternehmern beschäftigten Kollegen denen der in
Gewerkschaftsbetrieben beschäftigten gegenüber gleich zu
stellen. Es heißt dort wörtlich: „Mit der Arbeits-
zeit liegt es vielfach so, daß wohl der Mei-
ster seine Leute 12 Stunden beschäftigen kann
oder darf, aber er hat nur 8-9 Stunden
Arbeit für dieselben.“

Also zu gut Deutsch: die Arbeitszeit beträgt 8-9
Stunden.

Demgegenüber lassen wir einmal die Zahlen in dieser
Richtung reden. Nach der im vorigen Jahre angenom-
menen Statistik beträgt die Arbeitszeit pro Tag für
60 Kollegen (Gewerkschaftsbetriebe) 8 Stunden, 8-9
Stunden für 15 Kollegen, 9 Stunden für 55 Kollegen, 9
bis 10 Stunden für 48 Kollegen, 10 Stunden für 140
Kollegen, 10-11 Stunden für 70 Kollegen, 11 Stunden
für 162 Kollegen, 11-12 Stunden für 37 Kollegen, 12
Stunden für 21 Kollegen und 12-13 Stunden für
15 Kollegen. Bis zu 15 Stunden arbeiten 10 Kollegen.
Wir sehen also, daß die Arbeitszeit in dieser Richtung,
entgegen den Ausführungen von Kraus, sehr verschie-
denartig ist. Es wird auch für die Zukunft zu erwarten
sein müssen, die Arbeitszeit auf das von Kraus angezeigte
Maß zu reduzieren. Meines Erachtens war es verfehlt,
derartige Behauptungen aufzustellen, die, wie obige Zah-
len beweisen, nicht den Tatsachen entsprechen. Die be-
trübt die betreffenden Erhebungen werden ja weiteres Ma-
terial liefern.

Genau so verhält es sich mit der Behauptung, „eine
ganz große Zahl unserer Kollegen ist in der Arbeiter-
bewegung“. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiter-
bewegung eine beträchtliche Verminderung er-
leidet, so sind doch, wie wir es schon in unserer Zeit-
ung 4 Mal in Hamburg-Mitteilungen mit insgesamt 36
Kollegen, die ihren Berufsarbeitern bei Weiterzahlung
des Lohnes ihre Vermögensgegenstände zu Teil werden lassen.
Die erwähnten Kollegen, die auf Kosten des Verbandes
ständig einen Teil unserer Kollegen gemacht werden,
sind jedoch der Kollege Kraus nicht gemeint haben.
Recht ist die Anzahl beträchtlich größer als die ange-
gebene.

Die vorerwähnten Kollegen des Kol-
legen Kraus sind ich nicht mitmachen, überlasse dies
dem „Kraus“ seinen Streik. Doch nur so viel ich
hier erörtern, daß der Tarifvertrag der Gewerkschaft
der letzten vom Vorstand herabgesetzten Pro-
zente 25 M beträgt. Der Tarifvertrag in der
„Baderzeitung“ beträgt meines Wissens 2 M pro Woche. Die
von der Kollege Kraus seine Behauptungen beweisen
sind in dem Buch: „Der Kampf um den Lohn“
gibt mir noch ein Bild: Ich werde bei den Schwen-
kungen des Lohnes immer ein wenig sein. Die Gewerkschaft
dort, die ich auch zum Lohn, jedoch für die Zeit

Uns in unserem Berufe.

In dem Streite mit dem Gesellschafter
an dem Syndikat und seiner Freistreiber sind verschiede-
ne Innungen beschloffen, eigene Gefesfabriken zu errich-
ten, worauf das Gesellschafter drohte, dann in diesen
Städten große Brotfabriken zu errichten. Die „Günther-
sche Zeitung“ nimmt nun in einem Artikel die stürmischen
Erbauer der Gefesfabriken ab, indem sie schreibt:

Nichtschlechte verfallen mir zu oft in den Fehler,
zu hohe Verdienste heranzurechnen aus dem Betriebe
anderer. So möchte alte Frau rechnen z. B. uns Bäckern
vor, daß sie aus einem Hund Mehl für 18 S 40 Stück
Kantaten im Werte von 150 M gebacken hat. Ein
Herr Kapper hat in der Agrar-Zeitung sogar die fähige
Behauptung aufgestellt, daß der Bäcker aus 15 Zentner
Mehl, das er für 175 M kauft, 1250 M für Brötchen
herausbringt. Vergessen hat da die alte Frau, wie Herr
Kapper nur das eine, daß es Mehl allein noch lange
nicht tut und daß die Arbeit, das Mehl, Licht, Heizung,
Abzehrungen, Löhne, Steuern uhm. uhm, auch Geld,
Geld und abermals Geld kosten. Sollte es mit der Rent-
abilitätsberechnung an der Gefesfabrikation sich ähnlich
verhalten? Dann könnte man es den Kollegen nicht ver-
denken, die da rufen: „Lassen zu!“

Es wäre an der Zeit, den Streik zu beenden. Wirt-
schaftliche Kämpfe reiben an und wenn sie zum auszu-
arten drohen, wie es geschehen würde, wenn unser Ab-
gebot an Badmeistern beschnitten würde durch die Gefes-
Großbetriebe, ist der Raum für das Kleinbrot wohl
unüberwindlich. Große Entschlüsse überlege man reichlich,
jede Neuerung hat mit ebenen Fehlschlägen zu rechnen.
Und noch eins. Kürzlich hieß es einmal in der Sach-
presse, man könne nicht zu einem Kollegen gehen und z. B.
Brotbacken lernen, das lerne ich von jemand, der außer
der Branche steht, besser. Würde angesichts dieser Theo-
rien angenommen werden können, daß die Kollegen ihren
Streik von der Bäcker-Gefesfabrik beziehen? Das sind
so eifrige Bedenken, die es fraglich machen, ob wir jagen
sollen „Geld heraus!“ oder „Lassen zu!“

Der Artikel steht genau so aus, als wenn ihn die am
Gesellschafter und dessen guten Geschäftsgang interessierten
Germaniengrößen abgelesen hätten! — Geschäftsmachen
um jeden Preis, das ist deren Devise!

„Ein wertvolles Zugeständnis.“ Unter
dieser Überschrift verleiht Dr. Westphal einen jener
berühmten „geistvollen“ Witzzetteln an die Innungs-
presse, der natürlich überall abgedruckt wird. In demselben wird
unserer Propädeut „Die Entwicklung des Bäckerhandwerks“
gehört vermerkt und weil wir darin das selbe sagten, was
auch der Obermeister der Hamburger Innung in
seinem Jahresbericht sagt, daß sich nämlich die Groß-
betriebe rapide vermehren, deshalb sollen wir ein „wert-
volles Zugeständnis“ gemacht haben. Der dilettantenhafte
Dr. Westphal mag sich also von einem so erfahrenen Prak-
tiker wie dem Obermeister Ernst in Hamburg bestätigen
lassen, daß er eben über die Entwicklung unseres Gewerbes
so wenig weiß, wie ein fünfjähriger Bub, der zur Schule
kommt, von der Wirtschaftskunde versteht. Das ist hart,
Herr Doktor!

„Anhabemegan.“ In der „Baderzeitung“ von
Wannig in Döberitz. Von den acht dort ver-
pflichteten Kollegen gehörte bis vor kurzem keiner dem Ver-
bande an; erst durch wesentliche Verschlechterung im Ar-
beitsverhältnis, die durch einen neu eingestellten Bad-
meister eingeleitet war, glaubte man, sich durch die Orga-
nisation helfen zu können. Der Gewerkschaftler wandte sich
nun in einem höflichen Schreiben an den Inhaber, um eine
Unterhandlung nachzusuchen; dieselbe wurde auch für den
nächsten Tag zugesagt. Anstatt nun sein Versprechen ein-
zuhalten, wandte sich Herr Wannig telegraphisch nach
Potsdam um andere Arbeitskräfte. Es trafen denn auch
7 solcher Fremdstreiter aus Potsdam und Breslau ein; un-
zere Mitglieder legten natürlich nach Eintreffen der ersten
drei sofort die Arbeit nieder. Nach 12-tägigem Streik
erklärte sich Herr Wannig bereit, seine alten Leute
wieder einzustellen und über die strittigen Fragen mit uns
zu verhandeln. Erreicht wurde eine Verzögerung der Ar-
beitszeit um täglich 1 1/2-2 Stunden durch Reinstel-
lung von 2 Arbeitskräften; die erfolgten Lohnreduktionen
wurden rückgängig gemacht und als das Wichtigste
erfolgte die Anerkennung unserer Organisation und bei
Einstellung die Beachtung unseres Arbeitsnachweises.
Hoffentlich werden die 10 dort beschäftigten Kollegen
uns treue Mitglieder unseres Verbandes bleiben.

Der „Brotfabrikant“ meint jetzt unter seiner
neuen Redaktion (in Hannover) darauf auszugehen, das
Handwerk der Badermeisterblätter werden zu wollen, und
darauf geht sehr viel, denn in Dauerhaftigkeit und Fortschritt
leihen jene 21 Blätter schon Bedeutendes. Der „Brotfabri-
kant“ kommt also unserer Propädeut „Das Bäckerhandwerk“
jedenfalls weite Sprünge.

„Das die Großbetriebe mit den Kleinbetrieben jemals
zusammengehen könnten, ist vollständig ausgeschlossen. Der
Großbetrieb zieht in den Kleinbetrieb seinen Kollegen, in der
Kleinbetriebe seinen eigenen Feind. Wieder mit ihm!“

Stolz mag man zwar von der großen Anzahl von
Kassensammlern berichten.

Was haben sie aber erreicht?
Hat es sich nicht gezeigt, daß die Leute nach Macher
hier hier „sozialistischen Produktionsstellen“ absolut
nichts vermögen? Daß die bei Kassensammlern ange-
stellten Bader genau so viel arbeiten müssen als anders-
wo? Daß das Brot um das, was es schlechter, billiger
kostet? Daß sozialistische Mäcker von der Produktion
identisch über an braten, die es trennen, an denen die es
ihrem eigenen Anstöße dortschmeißen, die sich selbst
belügen und betrogen!

Wenn sich heute Großbetrieb und Kleinbetrieb in den
Gassen liegen, so sind daran andere Dinge die Ursache,
als die, die man diesen Differenzen von sozialistischer Seite
in die Schuhe schiebt. Am Ehesten ganz allein —
nicht in der bewährten Entwässerung — liegt diesbezüglich
die Möglichkeit der Überwindung der Dinge.

Man entsetze sich, den ganzen Produktionszweig zu
kontingieren (nicht zu betreiben, wenn auch einer Vor-
setzung einer Betreibung der neuen erhabenen Ueberpro-
duktion) und das wird, ohne daß der Ring der Gewerkschaft
wenigstens durchbrochen ist, eine Befreiung ein-
treten.

Das allein ist es, was dem Handwerk ringt!
Nur die, die der Kampf um dieses Ding zarter der

Marke „Befähigungsnachweis“ geführt. Im Prinzip
meint man aber Kontingierung, die Sicherung der
Existenz seines Betriebes.

Wenn man nicht wollte, daß dieser Mann in der
Folgsamkeit diesen Absinn verbrochen, wäre man
geneigt, vorzuschlagen, ihn auf seinen Geisteszustand zu
untersuchen!

Ein Schicksal in Menschengefäß. Vor
dem Schöffengericht in Mannheim hatte sich der Bader-
meister Albert Breier wegen ersehnter Körperverletzung
u. a. zu verantworten. Den bürgerlichen Zeitungen ent-
nehmen wir hierüber folgenden Bericht: „Wie bitter
Sohn auf seiner Zeitalter der Humanität, der Tierdug-
vereine, ringt das Schicksal eines Menschen, eines 13-jähri-
gen, selbst von seinen nächsten Angehörigen einem Peiniger
schicksal überlassen zu haben. Der Kleine kannte nur eine
Mutter, nach ihrem Tode oblag dem in Neustadt a. Hardt
lebenden Großvater und dem hier lebenden Onkel, Privat-
lier Joh. Mühlhuth, die Sorge um das bedauernswerte
Kind. Wie sie ihre Pflichten als nächste Verwandten
ausfüllten, erhellte daraus, daß der Junge fortwährend
zwischen beiden hin- und hergeschoben wurde, keiner wollte
sich des Jungen recht annehmen. Im 13. Jahre wurde er
aus der Neustädter Schule entlassen, und der Onkel
brachte ihn zu dem hier, Rheinhäuserstraße 11,
wohnenden Badermeister Albert Breier aus Göttingen in
die Lehre. Natürlich mußte er hier in Baden noch das
achte Schuljahr absolvieren. Das genierte den Onkel
wenig. Kein Freudentrahl war noch in das Dasein des
Jungen gefallen; aber nun begann erst seine Lebensge-
schichte. Schule wechselte mit Arbeit und umgekehrt.
Abends um 10 Uhr wurde der Junge geweckt; von da ab
wurde bis 5 Uhr morgens gebadet. Dann nahm er den
Brotkorb, bis 7 Uhr hieß es nun Brötchen austragen.
Raum eine Stunde zum Essen, rief ihn um 8 Uhr die
Schule. Um 12 Uhr aus der Schule entlassen, hatte er
kaum Zeit, etwas zu essen, da mußte er bis 2 Uhr die
Brotküche reinigen. Um 2 Uhr wieder Schulbeginn. Nach
der Schule Schlafenszeit von 6-10 Uhr. So ging es jeden
Tag. Und in diesen 4 Stunden sollte die junge Menschen-
blüte Zeit zur Erholung und Kräftigung finden. Da naht
sich ihm endlich die Erlösung aus seinem Martyrium. Dem
Lehrer, Herrn Grether, blutete das Herz angesichts der
Leiden des Jungen. Er ließ ihn jeden Tag 3 Stunden
im Unterricht schlafen, die Schüler ersuchend, doch ja kein
Geräusch zu machen, um den Jungen nicht zu wecken, wenn
ihn der Wohlthäter Schlaf umringt. Montags zeigte der
Junge immer eine große Aufmerksamkeit, da er den Sonn-
tag über geruht hatte. Aber nicht allein das, im Schulbad
bemerkte der Lehrer, daß der ganze Körper des Jungen
zerschunden und zerkratzt war. Als der Meister auch
noch dem Jungen drohte, er werde ihn ins Kesselfeuer
werfen, wenn er etwas über seine Beschäftigung verrate,
da war seine Geduld zu Ende. Er erstattete Anzeige beim
Bezirksamte, das den Jungen dem erbarmungslosen
Meister wegnahm. Die heutige Verhandlung vor dem
Schöffengericht gegen den Meister ergab vollauf den ge-
schuldeten Tatbestand. Der Junge wurde ständig auf die
schwersten Art geprügelt, ob der Meister ein Badbrot,
den Schiefer oder das Druckholz dem Jungen auf irgend
eine Stelle seines Körpers schlug, war ihm ganz gleich. Der
Angeklagte konnte sich für diese Mißhandlung auf den
Onkel des Jungen berufen, der eine strenge Behandlung
bestehen lassen wollte. Eltern von Klassenkollaboranten des
Jungen haben mehr Menschlichkeit besessen als die eigenen
Verwandten, sie haben ihn in ihre Familie in Ladenburg
aufgenommen, wo er jetzt die Schule besucht. Es ist ein
intelligentes Nützchen, und es ist fast ein Wunder zu
nennen, daß der Junge bei der ständigen lieblosen Behand-
lung nicht das Gegenteil von dem wurde, was seine „Er-
zieher“ aus ihm zu machen berufen waren. Gegenüber
einer derartigen unmenslichen Behandlung des Jungen
hielt der Staatsanwalt es für angebracht, unter Ausschluß
milderbender Umstände vier Monate Gefängnis zu bean-
tragen. Wegen der maßlosen Ausbeutung des Jungen
verurteilte das Gericht den Angeklagten Breier zu einer
Geldstrafe von nur 150 M , wegen der übrigen Uebertre-
tungen des Kinderschutzgesetzes (Nichtanmeldung des Jungen
beim Bezirksamte und Beschäftigung vor dem Vormittags-
unterrichte zu je 5 M Geldstrafe, wegen ersehnter Körper-
verletzung zu 14 Tagen Gefängnis. Zweifelloß wird der
Amtsanwalt Berufung gegen das Urteil einlegen. Ein
unterbrochtes Praxen ging durch den Zuschauertraum beim
Antrage des Amtsanwaltes, ein unzufriedenes Gemurmel
bei der Urteilsverkündung.“

Die Mannheimer Innung hat von der un-
schreiblichen rohen Mißhandlung, welche ihr Mitglied an
einem wehrlosen Waisenkinde verübte, in den vielen, vielen
Wochen nichts gesehen und gehört. Ihre Führer hatten ja
„besseres“ zu tun, nämlich bei den Gehülfen eine gelbe
Streitbrechergarde zum Schutze der Ausbeutungsbaut zu
organisieren. Was ihnen in ihren eigenen Reihen nicht
gelingen ist, so die Ausrottung der Lehrlingszüchter und
Lehrlingspeiniger, die Beseitigung der Schmutz- und
Erdensbrotkonkurrenz, das soll nun durch weitere Entrech-
tung an der Gehülfenschaft weit gemacht werden. Das
meistertreue geistesarme „Baulchen“ hat in der nächsten
öffentlichen Versammlung, bei der er seine Lügenprodukte
auf den Markt bringen will, hinreichend Gelegenheit, dar-
über nachzudenken, warum ihm die Mannheimer nicht nach-
laufen wollen, sondern sich an den Bierbüchsen über seinen
verzapften „Schwafel“ lustig machen. Wir können auch
nicht annehmen, daß der von den Innungen ausgehaltene
„meistertreue“ Wanderredner jemals bei seinen Vorträgen
auf die unmenslich rohe Mißhandlung, begangen von
einem Mitglied der Mannheimer Innung, Bezug
nehmen wird, dafür wird lustig weiter verläutelt, unter
dem Deckmantel der Handwerksvertretung und mit Unterstüt-
zung der gehülfenfeindlichen Innungsführer.

Die Bäcker-Innung in Gera ist noch immer
dabei, die Sozialdemokratie und den Gehülfenverband tot
zu ogieren. Jetzt hat die Innung der Gehülfenvereini-
gung „Brüderchaft“ 50 M zur Agitation überwiesen, eine
Art Zulasohn, der Zeugnis ablegen soll von dem so viel
geprüelten Wohlwollen, das die Meister ihren Gehülfen
entgegenbringen. Für den 6. Februar war eine Versam-
lung arrangiert, zu der alle Gehülfen, die noch nicht ver-
bänglich sind, von den Verbandsleuten angehaucht zu sein
eingeladen waren. Der sogenannte gelbe Gustav, ein
Badermeister und Sigarenhändler aus Berlin, erzählte
den Badergehülfen viel über die „Schlechtheit“ der Orga-
nisation und von dem „goldenen Boden des Handwerks“. Die
Parole soll lauten: „Gemeinsam mit den Meistern für
das Handwerk“. Jeder Geselle kann heute noch Meister
werden — nur der geschwähnte gelbe Gustav ist schon so

ast geworden, ohne es bis zum Meister zu bringen. Die
Einzulassung befehrt aber die Herren, daß die Gehilfen
schon eingesehen hat, daß das Geschwäg von all den Herr-
schleichen eitel Fäulerei ist. Darob zwar große Erregung,
doch damit sind geschichtlich feststehende Tatsachen nicht aus-
der Welt zu schaffen.

Ein Nebenbater vor Gericht. Wenig Glück
mit der gegen ein Urteil des Schöffengerichts eingelegten
Berufung hatte der Bäckmeister Albert Lange aus Witter-
feld, der wegen einer geradezu empörenden Behandlung
seines vierjährigen Sohns zu zwei Monaten Gefängnis
verurteilt war. Die hiesige Strafkammer verdoppelte die
Strafe, indem sie in der Urteilsverkündung sein Verhalten
als „eine barbarische Missetat, wie sie selten vorkommt“, be-
zeichnete. Trotz seines jungen Alters wurde das Kind des
Ingeklagten zu den schwersten Arbeiten, wie dem Tragen
schwerer Äckelbälde, Wassereimern usw. angehalten.
Waren seine Kräfte zu schwach, so wurde es von seinem
lieblosen Vater in der herzlosesten Weise mißhandelt. Bei
der ärztlichen Untersuchung wurden nicht nur Entzündung
des Nasenbeins und derartige Zerprügelung
des Gesichtes festgestellt, daß es wie ein Gummistücken er-
schien. Die Leidenszeit des Kleinen endigte erst, als die
Nachbarn schließlich die Mißhandlungen nicht mehr an-
sehen konnten und Anzeige erstatteten.

Romisches aus der Veraer Bäckerei.
„Du sollst den Feiertag heiligen“, bestimmt das 3. Gebot alle
Menschen, mit Ausnahme der Bäckergesellen. Allen den
bekannten Auserwählten, wie: „Die Religion muß dem
Volke erhalten bleiben“, zum Trost, mußten bisher die
Bäckergesellen Sonntag wie Sonntag, selbst während der
Kirche arbeiten. Kein Verein frommer Betschwester oder
ähnlicher Koulour hat sich ins Mittel gelegt, man fand das
eben ganz in der Ordnung. Nun ist aber auch im Bäckere-
gesellen der Mensch erwacht! Der Bäckerverband hat am
Orte zum Vergernis der meisten Innungsmeister eine
Säule errichtet und schon viel gutes gestiftet. Auch soll
auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
das Augenmerk gerichtet werden. Da kommen nun die
arbeiterfreundlichen Bäckmeister in der Innungsber-
sammlung zusammen und tilgen auch den letzten Matel,
der ihren warmen Herzen anhaftet. Einer der Herren
stellte flugs den Antrag, den Bäckergesellen drei freie Tage
im Jahre zu geben; die Gesellen brauchen nun also „nur
noch 362 Tage im Jahre“ zu arbeiten. Darob wird große
Freude in Zukunft herrschen! Aber die Arbeiterfreund-
lichkeit der Bäckmeister geht noch weiter. Nach dem An-
trage Knappe soll den Gesellen sogar noch eine — hup! —
Lohnerhöhung gewährt werden, um der im — hup! —
Frühjahr voraussichtlich eintretenden Lohnbewegung der
Bäckergesellen einen — hup! — Niegel vorzuschieben! Des-
halb also die Arbeiterfreundlichkeit der Herren Meister!
Wären sich die Gesellen das wohl merken und den Maß-
nahmen der Meister, dem Verbands fern zu bleiben, unbe-
achtet lassen. Denn wenn dieser Verband schon indirekt
solche Wunder wirkt, muß er bei den Meistern in hohem
Ansehen stehen.

Emil Fuchs, Halle. Schon wieder hat uns
der unerbittliche Tod einen unserer besten Kämpfer aus
den Reihen gerissen. Der Kollege Fuchs, Mitglied der
Halle, starb am 11. Februar nach kurzer schwerer
Krankheit. Der noch nicht 24jährige Kollege war ein
treuer Kämpfer und gerechter Sache und hat während
seiner 14jährigen Zugehörigkeit zum Verbands stets in den
vorbersten Reihen mitgekämpft. Die Mitgliedschaft Halle
verliert in ihm einen ihrer besten Mitglieder. Die Kol-
legen ließen es sich nicht nehmen und trugen ihren Fuchs
selbst ans Grab. An der ersten und traurigen Stim-
mung der Kollegen konnte man sehen, wie sehr ihnen der
Verstorbenen ans Herz gewachsen war. Manche Tränen
rollte dem Verstorbenen nach ins Grab. Wie es aber
rechtschaffenen Arbeitern geht, so auch hier, denn der Herr
Pfarrer konnte keine rote Schleife haben und verbot schon
im Trauerhause das Tragen derselben. Auch einem Ge-
nossen, welcher im Namen des sozialdemokratischen Vereins
einen Kranz niederlegte, verbot ein eigens vom Pfarrer
herbeigerufener Gen darm das öffentliche Tragen der roten
Schleife. Derselbe äußerte aber, nur der Gewalt zu ge-
horchen und so ließ der Gen darm den Genossen ruhig
geben. Als dann unser Vorsitzender und der Genosse die
Kranz niederlegten, wurden sie beide auf besonderen Au-
laß des Geistlichen zitiert. Auch ein Zeichen unserer
heutigen Verhältnisse. Im Grabe unseres treuen Ver-
storbenen gelobten es sich die übrigen, mit vermehrtem
Eifer an den Ausbau unserer Organisation zu arbeiten
und so das Andenken des Verstorbenen am besten zu
wahren.

Aus der Brotfabrik Wieber bei Offen-
bach. Eine Betriebsversammlung nahm am 17. Februar
Stellung zu dem betrügerischen und verräterischen Treiben
des bisherigen Mitgliedes Wilhelm Wilsch, der es heute
fertig bringt, Kollegen, welche mehrere Jahre bereits im
Betriebe tätig sind, beim Arbeitgeber zu verleumben, die-
selben könnten nicht arbeiten, um damit diese aus ihrer
Stelle hinauszubringen und gegen einen Judaslohn Seines-
gleichen hineinzubringen. Das solidarische Zusammenhalten
der übrigen Kollegen bürgt aber dafür, daß ihm das nie-
mals gelingen wird. Erwähnt sei, daß als vor nicht langer
Zeit die dortigen Kollegen zur Wahrung ihres Koalitions-
rechts und Entfernung eines solchen Judas gezwungen
waren, die Arbeit niederzulegen, Wilsch wiederholt drohte,
einen Revolver zu nehmen und Herrn Peters (Betriebs-
inhaber) totzuschießen, bald die ganze Mühle in Brand zu
setzen und heute als ein Judas vergeblich auf die Bäck-
meisterstelle hoffend.

Der Regierungspräsident in Danzig
erließ am 9. Februar folgende Verordnung:

Am Oster-, Pfingst- und Weihnachtstagen hat die
Mühle für die Arbeiter a) in Bäckereien: von 8 Uhr morgens
des ersten Feiertages bis 8 Uhr abends des zweiten Feiertages
zu dauern, b) in Konditoreien: an den beiden ersten
Feiertagen spätestens um 10 Uhr vormittags zu beginnen
und bis 12 Uhr nachts zu dauern. Ferner ist jedem Ar-
beiter an jedem dritten Sonntage die zum Besuche des
Gottesdienstes erforderliche Zeit frei zu geben. Sind in
Konditoreien in dem rebenstehenden unter b angeführten
Fälle Arbeiter nach 12 Uhr mittags, an den beiden ersten
Feiertagen der genannten 3 hohen Feste nach 10 Uhr vor-
mittags beschäftigt gewesen, so müssen sie an einem der
nächsten sechs Werkstage von mittags 12 Uhr ab von jeder
Arbeit freigelassen werden.

Drei freie Tage. Die Regierung für Unter-
franken hat jetzt für den ganzen Kreis einseitlich verfügt,
daß an Ostern, Pfingsten und Weihnachten vom 1. Feiertag
morgens 8 Uhr bis 2. Feiertag abends 8 Uhr jede

Arbeit in den Bäckereien zu unterbleiben hat. — Dagegen
hat die Regierung in Schwaben den Erlass solcher Ver-
ordnung abgelehnt. Dort werden unsere Kollegen also
weiter kämpfen müssen, um auch die freien Tage zu er-
ringen!

Was dem Handwerk not tut. Im Lande des
alles verschlingenden Militarismus und Kolonialschwindels
leidet man, wie langsam bekannt, an chronischem Geldmangel
in den Staatskassen. Um aus diesen Dales zu kommen,
plant die Regierung eine Umsatzsteuer auf Großmühlen
und findet dieses Vorgehen vom Deutschen Müllerbund,
Leipzig, (Kleinmüller) eifrigste Unterstützung. Interessant
ist nun die Stellungnahme der Vorstände des Zentralver-
bandes deutscher Bäckereinnungen und deren Unterverbände
zu dieser Umsatzsteuer. Man hat nämlich beschlossen, gegen-
über dieser geplanten Steuer „neutral“ zu bleiben. Diese
Stellungnahme ist unverständlich. Es liegt doch ohne
weiteres klar, daß, sollte diese Umsatzsteuer Gesetz werden,
diese eine ungeheure Belastung des Bäckerberufes bedeutet.
Der „Bund der Kleinmüller“ jedoch in der ihm eigenen
„Bescheidenheit“, nur „eine Besteuerung des Umsatzes der
Großmühlen mit 5 Proz.“ (!) Die Großmühlen werden
natürlich diese Steuern nicht tragen, sondern dieselben
werden die Steuer auf die Konsumenten beim Abnehmer
ihrer Produkte, also zunächst die Bäckmeister, abwälzen.
Hier wäre es Pflicht der Innungsführer, samt ihres Dr.
Sombitus, entschieden gegen eine neue Belastung des Ge-
werbes Front zu machen, und nicht, wie bei den Zolltarif-
kämpfen, die Hände in den Schoß zu legen. Freilich be-
finden sich die Innungsführer in einer verwickelten Situa-
tion. Man möchte ja schließlich gern gegen die Umsatz-
steuer Front machen, aber was soll die Regierung denken,
wenn diejenigen, welche für Konsum- und Großbäckereien
die Erhebung von Umsatzsteuern fordern, auf einmal den
Bestrebungen ihrer Klassengenossen, nämlich denen der
Kleinmüller, feindlich gegenüberstehen. Sollte man kon-
sequent sein, dann müßten die Innungsführer die Bestre-
bungen der Kleinmüller logischerweise voll und ganz unter-
stützen. Mit dem in allen Läden gepriesenen Mittel-
standsprogramm, wenn überhaupt von einem solchen ge-
sprochen werden kann, ist man wieder mal hös in die
Brüche gekommen. Wenn die Gehilfen pro Woche 1 M
mehr Lohn fordern, dann nehmen die Innungsführer
selbstverständlich keine „neutrale Stellung“ ein, sondern da
macht man ganz entschiedene Front dagegen. Die „wissen-
schaftliche Spitze der Kanzen“ stellt vielmehr mit der ihm
„eigenen wissenschaftlichen Grundsicht“ fest, daß das
Bäckergewerbe durch Bewilligen der Gehilfenforderungen
Belastungen ausgesetzt ist, die das Bäckergewerbe dem to-
tischen — Ruin entgegenführen. Meymann.

Nach den Wahlen. Da lese ich soeben, am Vor-
abend der Hauptwahl sei dem Reichstanzler, anheimend
von sozialdemokratischer Seite, folgende Postkarte zuge-
gangen: „Gw. Durchlaucht wird es interessieren, wie das
Verhältnis und die Stärke der Parteien am 25. Januar
resp. 5. Februar nach den Stichwahlen sich gestalten wird:
Sozialdemokraten 95 Mandate, Zentrum 92, Polen 20,
Welsen 7, Elsb-Lothringer 13; macht 227. Das sind die
Reichsleute: 170 werden die Wochparteien erhalten. Aus-
bewahren bis zum 6. Februar 1907.“ Ich glaube kaum,
daß ein Sozialdemokrat diese Prophezeiung geschrieben
hat, denn für mich war es ziemlich klar, wenn die national-
patriotische Phrasie in den Wahlkampf hineingebracht
wurde, dann ist alles andere vergessen, da sind die Helben-
taten der Leiß, Weßlau, Aren-
berg, Ruttammer vergessen, auch die smarte Geschäfts-
praxis gewisser Firmen in Geschäftsverbindung mit Mi-
nistern, ebenso die Tatsache, daß der Liberalismus und vor
allem die Nationalliberalen stets verjagt haben. Die
Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist den Spielern ja
gleichgültig und dann gibts ja leider noch zu viele Arbeiter,
die sich von gelben oder auch religiösen Vereinen nachführen
lassen und dann vielleicht nachher mit der Faust in der
Tasche schimpfen, wenn es zu spät ist, statt sich vorher
genau zu überlegen, wie sie als Arbeiter nur stimmen
können. Sodann ist es ja leider mit dem Gefühl, daß alle
nur Menschen sind, noch sehr schlecht bestellt. Sie beargü-
nigen gern, daß es ein Un Ding ist, wenn eine kleine Minorität
viele Tausende, Hunderttausende, sogar Millionen Ge-
halt bekommen, während es Millionen Menschen gibt, die
Jahr aus, Jahr ein, von früh bis spät arbeiten und noch
keine Tausend Mark Einkommen haben. Da ist a. B. die
berühmte Invaliditätsversicherung, in deren Bureau ar-
beiten die Beamten 8 Stunden und uns macht man die
größten Schwierigkeiten mit dem 12 Stundentag. Die
betreffenden Beamten bekommen soviel, daß sie leben
können, aber wir, die doch einen sehr großen Teil, eigent-
lich alles aufbringen müssen, was bekommen wir schließlich?
Einige Hungergrößen! Und so könnte man Bücher
schreiben und doch kaum alles sagen. Die Deutschnheit ist
eben leider sehr groß. E. L. St.

In den Leimruten schlägt der „antständige“ und
in neuerer Zeit auch „karmherzige“ Hartmann einen
Nirzschbaum über den andern vor Hut, daß wir seine
Betreiber an die Innungen (daß diese ihn in seinem Ge-
schäft, die Bäckergesellen zu verbannen, durch Abnahme
seines Schwundblättchens unterstützen sollen) gebührend
gebrandmarkt haben. Dabei fällt dieser alberne Tropf
dem „Ton der Gasse“, ausgerechnet Hartmann, der sein
ganzes Lügenblättchen voll Schwindel und blöder Schimpf-
erei hat, fällt davon, daß wir nicht sachlich mit seinen
Leimruten diskutieren. Das Blättchen besitz außerdem
noch die Freundlichkeit, uns aufzufordern, wie sollten es
verklagen. Nein, das hier diesem Schwundblättchen zuviel
Ehre antun, wenn sein Verleger dann die Innungen als
Märtyrer angreifen könnte, weil er für deren Interessen-
vertretung noch Strafe erleiden mußte. Lassen wir ihn
ruhig weiter die Hanswurstduden treiben, die er bisher
so großartig betrieben hat!

Christliche Streifbrecheragenten. Ede
Brüder in Christo betreiben in München beim Kohlen-
arbeiterstreik wieder ihr schandvolles Handwerk des Ar-
beiterverrats und der Streifbrechervermittlung. An der
Spitze steht natürlich ihr Oberhaupt, der christliche Ar-
beitersekretär Weizler, welcher sich sogar nicht scheut, die-
jenigen christlichen Mitglieder, welche keine Streifbrecher
wachen wollen, aus dem Verband auszuschließen. Schon
aber selbst viele christliche Mitglieder so weit, daß sie
die Zustimmung, Streifbrecher zu machen, mit dem Ueber-
tritt zu den freien Gewerkschaften beantworten. Nur Ver-
rat an der Arbeiterfrage, das ist das Ziel aller christlichen
Gewerkschaften. Leser, merkt's Euch.

Bäckmeister und Beitraagskassierer.
Der unter dieser Signatur in Nr. 40 unserer Zeitung
vom Vorjahre gemeldete Fall fand am 15. Februar vor

dem Schöffengericht Köln seinen Austrag. Koll. Dietrich,
der bei Einholung der Verbandsbeiträge in der Groß-
bäckerei Werner von letzterem angegriffen und geschlagen
wurde, zeigte den Fall dem Staatsanwalt an und Werner
tat das gleiche gegen Dietrich wegen Hausfriedensbruchs.
Die Verfolgung beider Anklagen lehnte der Staatsanwalt
ab; jene Dietrichs gegen Werner wegen Ermangelung
öffentlichen Interesses und die des W. gegen D. deshalb,
weil schon in der Voruntersuchung erwiesen wurde, daß
D. tatsächlich zwecks Einfassung ins Haus kam und das-
selbe auf Aufforderung auch sofort verlassen hat. Dietrich
erhob nun Privatklage gegen Werner, die also zur Ver-
handlung stand. Bei Eintritt in dieselbe wollte W. sofort
gegen D. Widerklage wegen Hausfriedensbruchs erheben,
mußte sich aber, nachdem er sich nicht beruhigen wollte,
eine Abfertigung dahingehend gefallen lassen, daß es hierzu
schon zu spät sei und er das schon früher hätte tun müssen.
Daß er den D. geschlagen, bestritt W. ganz entschieden,
vielmehr habe er dem D. das Betreten des Hauses minde-
stens 6 mal verboten. Trozdem ging D. vom Zimmer zu
Zimmer und „hezte“ die Gesellen auf. Kläger bestreitet
ein solches Verbot, auch habe er keine Forderungen ge-
führt, sondern jene im Hause wohnenden Gesellen, die gewöhnlich
über den Verhandlungssaal gehen, wenn er kam, über ihren Zer-
tum aufzuklären versucht. Warum D. das ganze Haus ab-
ging, komme davon, weil ein Mitglied ganz oben unter
dem Dache in einem ganz elenden Loch „wohnte“, daß er
erst durch Fragen von Zimmer zu Zimmer finden konnte.
Der von W. angegebene Entlastungszeuge Widert sagte
aus, daß er gesehen habe, wie W. dem D. einen leichten
Schlag in den Nacken verjete. Dieser Zeuge zitterte vor
dem Gericht wie Espenlaub, nachdem D. dem Gericht zu
bedenken gab, daß gerade die'er Zeuge auf einen noch an-
deren in der Verhandlung nicht anwendenden Zeugen einzu-
wirken versucht hatte, falsch auszusagen. Durch Verlejen
der Akten des Staatsanwalts aus der Voruntersuchung
wurde ihm aber das Gedächtnis ein wenig aufgetrübt
und gleichfalls die Aussage des nicht anwendenden Zeugen
F. bekannt gegeben, die ebenfalls den W. belastete. Werner
nahm sich außerdem noch drei bei ihm beschäftigte Gesellen
als Entlastungszeugen mit, die aber alle von dem Vorfall
nichts gesehen hatten und deshalb zurückgewiesen werden
mußten. W. wollte immer seinen Verteidigungsakt
herunterlesen und mußte schließlich, ganz energisch zur
Ruhe ermahnt werden. Das Gericht hielt die Mißhand-
lung des D. durch den W. für erwiesen und frag an, ob
keine Einigung zwischen den Parteien möglich sei. Der
Kläger lehnte jede Einigung ab, worauf Werner zu 5 M
Geldstrafe und Tragung der Kosten des Verfahrens ver-
urteilt wurde. Das Gericht begründete dieses milde Ur-
teil damit, daß der Beklagte außer wegen einiger
Vergehen gegen die Gewerbeordnung bisher unbestraft ist
und zweifellos sich bei Begehung der Tat in großer Er-
regung darüber befinden haben müsse, weil Dietrich ihm
die Leute aufhebe. Wenigstens konnte W. das Letztere
annehmen, was aber, wie der Vorsitzende betonte, für das
Gericht nicht weiter in Frage kommen darf. (!) — Die
Fronie des Schicksals oder vielmehr der Gang der preußisch-
deutschen Justizpflege will es, daß vor einiger Zeit der
Kläger und von einem Arbeitgeber Mißhandelte in dem-
selben Hause, weil er einem „Nichtraucher eine Zigarette
angeboten haben soll“, zu einer Woche Gefängnis verurteilt
wurde. St. gegenüberstellung beider Urteile karakteti-
siert das obige Urteil trefflicher wie ein ganzer Veraktitel
über Klassenjustiz.

Patentgericht. Mitgeteilt vom Patentamt
Dr. Friz Fuchs, diplomierte Chemiker, und Ingenieur
Alfred Hamburger, Wien VII, Siebensterngasse 1. Aus-
künfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses
Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung un-
angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Mo-
nate Einspruch erhoben werden. Anträge aus den Patent-
beschreibungen werden von dem angeführten Patent-
amtsbureau mäßig berechnet. Deutschland: Ausgelegt
am 4. Februar 1907, Einbruchsfrist bis 4. April 1907:
Kl. 2 a. Johann Baptist Mayer, Bruckmühl, Oberbayer.
Strafenzenger für Backöfen mit einem in den Backraum
hineintragenden, durch einen außerhalb des Backraums ge-
legenen Trichter zu füllenden Dampfentwicklungsrohr. —
D. R. Gebrauchsmuster. Kl. 2 b. Emil Müller, Langen-
berg, Neuh. Winkler für Feignetmaschinen, welcher
nach unten aufklappbar durch eine Feder festgehalten ist.
296 860. — Kl. 2 a. Emil Kirst, Stettin, Schillerstr. 16,
durch Gelenkketten selbsttätig auf- und abbewegt wird.
297 516.

Dom Ausland.

Wien. Die Tarifbewegung der Wiener Bäckerei-
arbeiter rückt der Entscheidung immer näher. Nur einige
wenige Wochen trennen uns von der Gehilfenversamm-
lung (5. März), die endgültig die Ueberreichung der Forde-
rungen zu beschließen haben wird. Bis zu diesem Tage ist
eine Kleinarbeit noch zu vollenden; die Organisation ist
denkbar möglichst auszubauen, statistische Daten über die
gegenwärtige Lage sind zu sammeln und die Vorbereitun-
gen zu einem entscheidenden Kampfe bis in das kleinste
Detail zu treffen. Neben dieser Kleinarbeit ist auch die
Jahresrechnung des Verbandes zu machen und nicht zu
übersehen ist ferner die uns im Frühjahr erwartende
Wahlbewegung, wo das erstmal die österreichische Ar-
beiterschaft berufen wird, um mit dem ihr gebührenden
Einfluß auf die gesetzgeberische Machinerie des Staates in
einem Kampf einzutreten, der alle Parteien der Beschenden
ohne Unterschied der Nation und Konfession gegen uns
koalieren wird. Aber nur im Wege des Kampfes können
wir zum Siege gelangen, weshalb auch wir Bäckereiarbeiter
nicht zu dem keinen Geschlecht gehören wollen. Die erste
Vertrauensmännerversammlung der Wiener Bäckereien,
in der die seitens des Gehilfenausschusses ausgearbeiteten
Forderungen öffentlich diskutiert wurden, fand am 25. Ja-
nuar statt. Vor dieser Versammlung fanden am 15. und
17. Januar 21 Versammlungen statt, zu denen sämtliche
in den Wiener Bäckereien beschäftigten Gehilfen eingeladen
wurden. Jeder Gehilfe bekam einen Kontrollschein, den
er am Eingang in das Versammlungstokal abgeben mußte,
um so gewissenhaft konstatieren zu können, wer von den
Gehilfen feige zu Hause geblieben ist. Diese Versamm-
lungen nahmen einen würdigen Verlauf, sie waren massen-
haft besetzt, einige Lokale erwiesen sich sogar als zu klein.
Es sind in diesen Versammlungen seitens der Meistern
die Forderungen allerdings wohl noch nicht beto-
nend besprochen worden, aber so in Kurzfassung ist darauf verwiesen
worden, was der Tarif in seinen Hauptbestandteilen ent-

Halten muß. Die Stimmung der Gehülften war eine sachgemäß erste. Die Kollegen haben gründlich begriffen gelernt, daß alle Forderungen, die auf eine wirkliche Hebung der Arbeiterklasse abzielen, einzig und allein von der eigenen Kraft der Organisation abhängen. So wiegen sich auch die Wiener Bäckerarbeiter durchaus nicht in der Forderung, daß bei den Meistern etwa die Einsicht für die Erneuerung des Tarifvertrages so groß sein wird, daß sie es für ganz selbstverständlich finden werden, in die Beratungen über den neuen Vertrag mit uns einzugehen. Die Sache liegt bei der bekannten Rücksichtslosigkeit der Wiener Bäckermeister ganz anders. Sie meinen, für sie die Zeit als gekommen zu leben, um überhaupt jeden Tarifvertrag los zu werden. Es muß somit die Gehülftenorganisation jene Ueberlegenheit entschieden besitzen, um den Meistern es beizubringen, daß an Stelle des von ihnen heimgeliebten Einzelarbeitsvertrages, den sie mit dem zweiten Vertragsteil immer im Sinne ihrer wirtschaftlichen Ueberlegenheit zu ihrem Gunsten abschließen konnten, der Kollektivarbeitsvertrag treten muß, der auch dauernd zu halten ist. Wenn man die Meisterpresse, so gewinnt man sehr wenig von einem Verständnis der Wiener Bäckermeister für die modernen Kämpfe der Arbeiterklasse. Die „Austria“ macht scharf, sie schreibt in der Nummer vom 1. Februar: „Die Gehülftenorganisation ist schon im Jahre 1904 mit ihren Forderungen an die Grenzen der Möglichkeit angelangt, über die hinaus ein weiterer Erfolg aussichtslos ist. Dieser Kampf ist ein unwillig aufgezwungener, der zu einer Niederlage der Gehülftenorganisation führen wird.“ Der Tarifvertrag soll eine sozialdemokratische Machenschaft sein, um von Zeit zu Zeit eine Streikbewegung wachrufen zu können, aber die Meisterchaft von Wien möge keineswegs etwas befürchten, denn davon kann keine Rede sein, daß einzelne „Genossen“ der genannten Meisterchaft vorzuschreiben können, in welchem Maße die Löhne bezahlt werden sollen. Man wird also abwarten müssen, wie sich die weiße Prophezeiung der „Austria“ bewahrheiten wird, wer, um mit ihren Worten zu sprechen, die „Reihe bezahlen muß.“

Die Vertrauensmännerversammlung vom 25. Januar war von mehr als 300 Vertrauensmännern besucht, aber wie schon erwähnt, der Ausfall der Vertrauensmännerorganisation muß mit allem Nachdruck noch betrieben werden. Am 2. Februar findet neuerlich eine Vertrauensmännerversammlung statt, der endgültig die Forderungen zur Annahme vorgelegt werden, um sie dann der Gehülftenversammlung, die bereits für den 5. März einberufen wurde, vorzulegen und nach deren Genehmigung sie den Meistern zu unterbreiten. Es wird sowohl im März der Entschuldigungskampf seitens der Wiener Bäckerarbeiterchaft geführt werden, der nach vielen Richtungen die Grundlinien zu weiteren Kämpfen der Bäckerarbeiter Österreichs geben wird.

In London hat sich zu Beginn dieses Jahres die 17. Bräude, welche in der Gesamtheit aus deutschen Kollegen besteht, von dem allgemeinen Verbande losgelöst und eine neue Zentralorganisation „Internationaler Verband der Bäcker und Konditoren“ errichtet. — Die Verhältnisse waren in letzter Zeit zwischen den ausländischen und englischen Kollegen ganz unzureichend geworden und nur die Engländer waren imstande, die Interessen der ausländischen Kollegen zu vertreten.

Folgende Resolution wurde angenommen in den Generalversammlungen vom 16. Dezember 1906 und 5. Januar 1907 der internationalen Bäckerarbeiter Nr. 17 der A. U. of Operative B. & C. of Great Britain and Ireland:

In Anbetracht der immer schärfer werdenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe, worunter speziell die ausländischen Kollegen zu leiden haben, und in Erwägung des Umstandes, daß die momentanen Organisationsformen und Kampfmittel der A. U. of B. & C. es nicht gestatten, eine Lohnbewegung gegen das Unternehmertum ins Werk zu setzen, sowie in weiterer Erwägung, daß von Seiten der A. U. of B. & C. für die ausländischen Kollegen absolut nichts getan wurde und in Zukunft infolge der ungelösten Organisationsverhältnisse auch nichts geschehen wird, sieht sich die Generalversammlung dieser Kollegen gezwungen, eine Trennung von der A. U. of B. & C. herbeizuführen und zu diesem Zwecke eine selbstständige Union zu bilden, worin auch den Forderungen der ausländischen Kollegen Rechnung getragen wird. Nicht Separationsgesetze sind die Ursachen der Trennung, sondern die Situation des herrschenden Systems und die schlechte Handhabung des Unionsgesetzes durch die Verbandsoberleitung. Der Name der neuen Union soll sein: „International Union of Operative Bakers & Confectioners of Great Britain and Ireland“ (Internationaler Verband der Bäcker und Konditoren). Die neue Union soll auf Grundlage der modernen Arbeiterbewegung errichtet werden. Dem inneren Aufbau der neu zu bildenden Organisation soll unter Berücksichtigung der englischen Arbeiter- und Lohnverhältnisse im Bäckergewerbe der deutsche Bäckerverband zugrunde gelegt werden, da die meisten Kollegen ehemalige Mitglieder des deutschen Bäckerverbandes sind und derselbe in Bezug auf eine innere Organisation und keine Schlingensiefel einzig dastehen in der Welt. Die Unionseinführung beginnt 1. Schilling (1 Mark) beträgt davon sind alle bisherigen Kollegen, welche aus folgenden Organisationen in die A. U. übertritten sind: A. U. of B. & C., Verband der Bäcker Deutschlands, Verband der Bäckereiarbeiter Österreichs und Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz. Der Beitrag beträgt 6 Pence (50 Pf.). Nach 2wöchiger Beitragszahlung erhält jedes Mitglied vierzehn Tage nach seiner Anmeldung beim Sekretär 6 Schilling (6 Mark) durch 10 Schilling von jeder Arbeiterorganisation. Die Unterlegung wird nach Ablauf jeder Woche ausbezahlt. Rücksicht wird in gewissen Fällen entgegengebracht werden Arbeitgebern und Arbeitnehmern vom Tage des Ein- bzw. Austritts in die A. U. gebührt. Der Kollege Tisch wird beantragt, diese Resolution den in Frage stehenden genannten Verbänden zu geben zu lassen, sowie Wege ausfinden, um mit allen anderen Bäckerverbänden Organisationsverträge abzuschließen zu lassen.

Bei der letzten Versammlung der Vertrauensmänner des Verbandes ist als erster Vorsitzender, Luis Herz als zweiter Vorsitzender, Ludwig Tisch als erster Sekretär, Carl als 2. Sekretär, Emil Tisch als 1. Kassierer, Rudolf Tisch als zweiter Kassierer, Carl Tisch und C. Herz als Kassierer beauftragt. Die Vertrauensmänner sind an der Sekretär Tisch, 10 Christenstraße, London W. zu richten.

lution eine energische Agitation von unseren Kollegen betrieben wird, um ihre Reihen zu stärken zum Widerstande gegen die Ausbeutungslust der Arbeitgeber.

Der Kampf um die Beseitigung der Nachtarbeit wird von unseren italienischen Kollegen mit einer solchen andauernden Energie fortgesetzt, daß man ihm einen Erfolg wohl wünschen kann. Am vergangenen Sonntag fand in Mailand eine große Kundgebung zugunsten der Abschaffung der Nachtarbeit statt; zu dieser hatten viele Bäckerarbeitervereinigungen aus den Städten der Lombardie ihre Abordnungen geschickt; von Mailand selbst nahmen auch viele andere wirtschaftliche und politische Arbeitervereinigungen teil. Vom Sitze der Arbeitskammern aus bewegte sich der Demonstrationenzug, Musik an der Spitze, nach einem großen Stadienfeld, wo eine Versammlung anberaumt war. Im Zuge wurden Fahnen und Standarten getragen mit der Aufschrift wie: „Die Nachtarbeit ist eine Barbarei des 20. Jahrhunderts!“ „Nieder mit der Nachtarbeit!“ usw. Auf der Straße wurde die „Eveglia“, das Organ unseres italienischen Brüderverbandes, massenhaft verteilt. In der Versammlung nahmen nacheinander unsere italienischen Kollegen Trioli, Agnolini, Jodani, der Abvokat Porini und viele andere das Wort. Agnolini sagte, es müsse endlich den 35 000 Bäckerarbeitern Italiens Genugtuung werden. Sie seien der ewigen Versprechungen und des vergeblichen Wartens müde. Wenn die Gesetzgebung nicht eingreife und die geforderten Reformen herbeiführe, dann müssen die Arbeiter zum Generalstreik ihre Zuflucht nehmen. Porini betonte u. a., daß die vollkommene Beseitigung der Nachtarbeit niemals durch die Verordnungen der Gemeindebehörden herbeigeführt werden könne, daß diese vielmehr durch die Gesetzgebung gesichert werden müsse. Nachdem noch der Sekretär der Arbeitskammern gesprochen hatte, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung verpflichtet den Bäckerarbeitern ihre volle Solidarität und ermahnt das Parlament und die Regierung sobald als möglich ein Gesetz zu unterbreiten, welches die Nachtarbeit in den Bäckereien verbietet.“

Die schon mehrfach mitgeteilt, sind in Italien die Stadverwaltungen beauftragt, die Nachtarbeit in den Bäckereien durch Verordnung zu verbieten; dies ist auch bereits in den folgenden Städten geschehen: E. Remo, Alessandria, Sesto Fiorentino, Cremona, Parma, Casale Monferrato, Torino, Udine, Mirandola, Matova, Bercelli, Biella, Pisa, Biombino, Mezzina, Rizza Monferrato, Chiari, Ravenna. In all diesen Städten funktioniert die Verordnung der Bevölkerung durch Badware durchaus gut; alle Befürchtungen, die man an diese Reform geknüpft, sind nicht eingetreten. Tausenden von Bäckerarbeitern und Bäckermeistern ist damit, daß die menschliche Natur widerprechende Nachtarbeit beseitigt ist, eine ungeheure Wohltat erwiesen. Damit ist aber auch die Möglichkeit dieser Reform erwiesen, jedoch die Gesetzgebung auch gar keinen Grund mehr zum Zaudern hat. Bercelli ist erst kürzlich hinzugekommen, der dortige Magistrat verhängte das Verbot der Nachtarbeit, nachdem die Gehülften eine lange und energische Agitation betrieben. Die Verhandlungen dauerten sich auf die Stunden von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens; in diesen Stunden hat jede Tätigkeit in den Bäckereien zu ruhen.

Zum internationalen Bäckerarbeiterkongress in Stuttgart. Unsere Einladung zum ersten internationalen Bäckerarbeiterkongress ist überall mit großem Enthusiasmus aufgenommen worden. Die „Eveglia“, das Organ unseres italienischen Brüderverbandes begrüßt den Kongress, indem sie schreibt, daß damit die Bäckerarbeiter der ganzen zivilisierten Welt zum gemeinsamen Kampfe sich die Hände reichen, um die wirtschaftliche und soziale Befreiung des Proletariats herbeizuführen. In dem die Arbeiter aller Länder ohne Unterschied der Rasse und der Religion sich mit einander verbinden, befreien sie den Weg, auf welchem fortschreitend sie ihre Ideale der Gerechtigkeit, der Gleichheit und der wahren Menschlichkeit verwirklichen werden. Die Verhandlung wendet sich an die Sekundären, die sich darüber äußern sollen, wieviel Delegierte der Verband nach Stuttgart entsenden wolle. Auf alle Fälle wird sich der italienische Verband an dem internationalen Kongress beteiligen.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften

Einbach. Am 31. Januar fand hier eine allgemeine Versammlung statt. Kollege Heibel-Krüger und Kollege Ahrens-Bogratz waren zu derselben erschienen. Es waren ziemlich alle Kollegen anwesend und verband es Kollege Heibel, der Versammlung klar und deutlich die Vorteile der Organisation zu beweisen. Zum Schluß forderte der Sekretär die Anwesenden an, dem Verbandsbeitritt: doch waren es einige ältere Kollegen, die unsere ganze Hoffnung verbarben, meinten dieselben doch, mit 7-8 A. Bogenstein für Kollegen von 25 Jahren wäre ein gutes Auskommen. Doch wenn die jüngeren Kollegen 3-4 A. die Woche verdienen, so kümmert dies die älteren Kollegen zu nicht. Nach langem Zureden hatte doch ein Kollege den Mut sich dem Verbands anzuschließen. Doch, nachherer Kollegen, wir kommen wieder, bis auch der letzte Mann in unsern Reihen kämpft und dann erst recht. (In Anbetracht werden jetzt 12 Gehülften und 60 Lehrlinge beschäftigt; ein Chorcho für Lehrlingsausbilder!)

Regerzhurg. Am 10. Januar fand beim Koll. Hapflinger unsere monatliche Generalversammlung statt. Nachdem der Vorsitzende den Monatsbericht erhalten hatte, gab er auch den Monatsbericht, weil Koll. Hapflinger daran teilnahm. Es wurde wieder ein merkwürdiger Schritt nach vornwärts gemacht, indem über 600 Marken mehr an Mitglieder abgesetzt wurden, wie im vorigen Jahre, da macht sich eben das Bezirkskomiteerisystem bemerkbar. Die Korrespondenz war eine sehr rege zwischen den Mitgliedschaften einerseits und der Hauptverwaltung andererseits. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Kol. A. Tischbacher, 1. V. Tischbacher, 2. Vorsitzender; Hans Hapflinger, 1. Mar. Tischbacher, 2. Kassierer; Georg Meier, 1. Alois Tischbacher, 2. Schriftführer; Jakob Geisler und Joh. Tischbacher, Revisoren; Martin Tischbacher und Joh. Tischbacher, Delegierte; Andreas Tischbacher, Bibliothekar. Nachdem der Vorsitzende an die alten wie an die neuen Vorstandsmitglieder ermahnende Worte gesprochen hatte und sie anordnete, ihm fröhlich zur Seite zu

stehen, damit auch er jederzeit seinen Verpflichtungen der Hauptverwaltung gegenüber nachkommen kann und nachdem Kollege Tischbacher noch auf die Reichstagswahlen aufmerksam gemacht hatte, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Der „gelbe August“ mit seinem Spezi Hartmann macht sich auch in unsern Mauern bemerkbar, indem unser Krankenverein unlängst ein „Probeexemplar“ der Hartmannschen Zeitung empfing mit dem bekannten Gegenstandsblatt, gerichtet gegen jenes der Mitgliedschaft Berlin. Wir möchten nur dem Herrn Hartmann wissen lassen, daß er mit seinem Gesunkener weder bei den Meistern noch bei den Gehülften etwas ausrichten kann, denn die Regensburger Kollegen haben keine so lange Ohren, wie andere Gehülftenvereine. Denn sie sind es schon längst gewohnt, Arm in Arm mit der Mitgliedschaft (dem Verband) zu marschieren, daher möge sich Herr Hartmann und Herr August absetzen, wo ein arbeitsreiches Feld suchen, wo die Gehülften längere Ohren haben und ein Stirnblut vor dem Hirn als wie die Ochsen.

Straubing. Am 15. Januar wurde hier eine gut besuchte Generalversammlung abgehalten. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung mit der Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnet hatte, wurde der Vorstands- und Kassensbericht erstattet. Nach Erledigung dieser beiden Punkte führte Gausleiter Gahner den Kollegen vor Augen, wie die Straubinger Kollegen vor einem Jahr gestanden haben und wie sie jetzt dastehen, was nur durch den Zusammenschluß in der Organisation im deutschen Bäckerverband möglich gewesen sei. Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Resultat: Hans Weinzier, 1. Alois Schreier, 2. Vorsitzender; Georg Müller, Schriftführer; Richard Biermeier, 1. Himmelstob, 2. Kassierer; Rugeb, Pleißl und Ludwig Heigl, Revisoren; Schöppler, Schönauer und Eigenstetter, Kartelldelegierte.

Zentralfranken- und Sterbefälle der Bäcker u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (C. S. 42.)

Protokollauszüge der Sitzungen vom 1. und 23. November und 1. und 16. Dezember 1906.

Es erfolgten während dieser Zeit Beitritte nach § 2: 304 und zwar 163 Eintritte, 123 Uebertritte und 13 Wiedereintritte. Ausschlüsse nach § 4: 189. Ausschlüsse wegen zuvor erfolgter Zahlung zurückgenommen: 23. Ueberweisungen nach § 7 Z. 15: 19. Bestrafungen nach § 9 in 23 Fällen mit einer Gesamtsumme von 87.— M.

Berlin. In Sachen Schiebing-Krug ist der Prozeß Zentral-Kasse gegen Krug gerichtlicherseits verlagert worden, bis die Prozeßsache Schiebing-Krug entschieden ist.

Im Unterstufungsfall 1364 Dsm. Reimann wird den Angehörigen Unterstützung nach § 7 Zeile 15 für 34 Tage à 75 S. gewährt.

Kenntnisnahme von der in der örtlichen Verwaltung Berlin abgehaltenen Gesamtsitzung mit dem Vorsitzenden der Kasse. Ueber die im Anschluß an die Sitzung vorgenommene Revision berichtet der Vorsitzende, daß alles in Ordnung vorgefunden wurde.

Frankfurt a. M. In der Klage des Schäfer gegen die Kasse hat auf Antrag der Kasse, einen weiteren Termin anzuverraumen, das Gericht beschloffen, den Zeugen von der dortigen Ortskasse nochmals zu vernehmen. Die Forderung des Nachlasspflegers für das verstorbene Mitglied Bernhard Baible auf den Rest des Sterbegeldes wird abgewiesen, indem die Kasse in diesem Falle die Begräbniskosten selbst übernommen und Hinterbliebene für die Beerdigung nicht Sorge getragen haben.

Halle a. S. Die Weizenfelder Mitglieder wenden sich wegen Nichterhebung ihrer Beiträge beschwerdeführend an den Vorstand. Da dort der Vertrauensmann abgereist ist, wird die dortige Verwaltung beauftragt, für einen anderweitigen Vertrauensmann Sorge zu tragen.

Menselwitz. Der Vorsitzende gibt das Ableben des Meuselwitzer Bevollm. Arthur Kleinide bekannt, welches die Anwesenden durch Erheben von ihren Plätzen ehren. Infolgedessen, daß der stellvertr. Bevollm. nicht mehr am Orte anwesend ist, wurde der Revisor Arno Nothe mit dem Kassengeschäften betraut und beauftragt, eine Ergänzungswahl vorzunehmen. Derselbe hat am 2. Dezember stattgefunden und hat folgendes Resultat ergeben: Buchn. 611, Arno Nothe, Bevollm., Klauspruchtstr. 12; Buchn. 614, Gust. Endig, Stollw.; Buchn. 617, F. Thiel, Revisor. Vorstehende Mitglieder werden vom Kassenvorstande bestätigt.

Auf Grund der erfolgten Auszahlung der Kautionsnebst Zinsen in Summa 27.66 M. an die Witwe des verstorbenen Bevollmächtigten Kleinide erfolgt der Kautionsübertrag auf den neuen Bevollm. Arno Nothe.

Offenbach a. M. Im Falle Böhle-Meich hat erstere die Anfechtung gegen Reich in Gegenwart der dortigen Verwaltung zurückgenommen. Wither ist diese Sache für den Kassenvorstand erledigt.

Zentralstelle. Der Vorsitzende berichtet über die vom 13. bis 16. November behördlicherseits stattgefundene Revision. Anlässlich derselben wurden vorgefunden in der Hauptkasse ein Barbestand von 1097.87 M. Der erfolgte Abschluß des Kassensbuches ergab eine Einnahme von 10 713.47 M., Ausgabe 9615.60 M., Sollbestand 1097.87 M. An Beitragsmarken waren richtig vorhanden 9800 Stück 1. Klasse, 20 200 Stück 2. Klasse, 9800 Stück 3. Klasse. Ebenfalls wurde der in Wertpapieren und Bankbüchern angelegte Vermögensbestand sowie sämtliche hinterlegten Konten in Richtigkeit vorgefunden. In der örtlichen Verwaltung Dresden war vorhanden ein Barbestand von 594.86 M. Der Abschluß ergab: Einnahme 637.86 M., Ausgabe 43.— M., Sollbestand 594.86 M. An Marken: 120 Stück 1. Klasse, 107 Stück 2. Klasse, 134 Stück 3. Klasse richtig vorgefunden. Auf Monierung der behördlichen Revision wird zu § 7 Z. 2 b von der Aufsichtsbehörde anordnet, daß im Falle der Erwerbsunfähigkeit, welche sich an eine erwerbsfähige Krankheit anschließt, bereits vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit Krankengeld zu bezahlen ist, da in solchen Fällen nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Karenzzeit wegfällt. Die örtlichen Verwaltungsstellen werden hierdurch angewiesen, danach zu verfahren. Sonstige Abweichungen von gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften sind bei der teils eingehend, teils durch zahlreiche Stichproben vorgenommenen Prüfung der Unterlagen nicht zu erkennen gewesen. Auch gab die Durchsicht der Verhandlungsniederschriften keinen Anlaß zu Erinnerungen.

Der Kassenvorstand.
A. A. Marximmermann, Schriftführer.